Einzelpreis 1.50 Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 35,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,— M., für das übrige Ausland 87,— M.

Donnerstag, den 11. Mai 1922

5. Jahrg. Nummer 211

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Unnachgiebigkeit auf allen Seiten

Heute wird die russische Delegation die Antwort auf das Memorandum der Entente überreichen. An Vermittlungsversuchen hat es in der kritischen Zwischenzeit nicht gefehlt. Doch scheint nach den bisher vorliegenden Meldungen auf keiner Seite Neigung zur Nachgiebigkeit vorhanden zu sein. Aus dem letzten Ministerrat des französischen Kabinetts weiß der diplomatische Mitarbeiter des Cablogramme zu berichten, daß im allgemeinen die Formel der vollkommenen Unnachgiebigkeit bestätigt wurde. Poincaré habe berichtet, von dem belgischen Minister die formelle Versicherung erhalten zu haben, daß auch Belgien keine Kompromißlösung auf der Basis der augenblicklichen Besprechungen annehmen würde. Das heißt, daß die Bemühungen des italienischen Außenministers, die Gegensätze über die strittigen Punkte auf einer mittleren Linie auszugleichen, in den Wind geschlagen werden.

Daneben laufen allerdings — wie könnte es anders sein — Meldungen, daß die französische Presse zum Rückzuge blase. Das Klügere wäre sicher ein Einschwenken. Es ist trotz aller nachdrücklichen Freundschaftsversicherungen eine beträchtliche Spannung zwischen England und Frankreich nicht zu verkennen. Die Entente ist gelockert. Nicht weil die Sympathien für Deutschland größer geworden. Für England gibt es, wie dem Sonderberichterstatter des Pariser Petit Journal von einem englischen Parlamentsmitgliede bemerkt wurde, nur die eine Frage: Handel zu treiben oder unterzugehen. Solange aber Rußland nicht wieder in die Weltwirtschaft eingeschaltet und Deutschland nicht wieder wirtschaftlich hinreichend gekräftigt ist, sind auch für England die Aussichten durchaus nicht hoffnungsreich.

Einen sehr großen Raum nimmt in den Presseerörterungen eine Aeußerung Lloyd Georges gegenüber Barthou ein, die auf einen Auseinanderfall der Entente hindeutet. Die letzte zusammenfassende Meldung des Europapreß darüber lautet:

Nach den verschiedenen Dementis hat Barthou den Sonderkorrespondenten der „Times" seine viel besprochene Rede mit Lloyd George, wie folgt, dargelegt: Lloyd George hat bis zuletzt in tiefstem Ernste und Lebhaftigkeit gesprochen. Zum Schluß unserer Unterredung sagte Lloyd George, daß es die rührendste gewesen sei, die er mit ihm gehabt habe. Als ich die Weisung Poincarés an die französischen Delegierten, Belgien wegen des Paktes besonders zu unterstützen, erwähnte, sagte Lloyd George, es tue ihm sehr leid, daß Frankreich es vorzieht, Belgien anstatt England zu unterstützen. Er befürchtet, daß diese Haltung Frankreichs ernste Kritiken in England hervorrufe. Die Vorwürfe würden sich gegen Frankreich richten und nicht gegen die Sowjets. Wenn die Russen die Annahme des Memorandums ablehnen und die Konferenz scheitert, würde Frankreich für den Mißerfolg verantwortlich gemacht. Welches wird dann meine Lage gegenüber den 2 Millionen Arbeitslosen und ihre Lage gegenüber den 1 200 000 Inhabern russischer Wertpapiere sein, fragte Lloyd George und schloß: Wir sind an einem Scheidewege angelangt.

Die russischen Gegenansprüche

Sonderbericht des Intel.

Genua, 10. Mai

Die russische Delegation unterbreitet der Konferenz eine umfangreiche Broschüre, in der statistisch die Ansprüche aufgeführt werden, die Rußland wegen der durch die Interventionspolitik und die Blockade erlittenen Schäden beanspruchen kann. Der Verfasser der Broschüre, Liubimov, Professor für Finanzwissenschaften an der Moskauer Universität, gibt die Gesamtsumme der russischen Ersatzansprüche mit 39 Milliarden Goldrubel an. Die russischen Ansprüche werden in vier Kategorien geteilt.

Zunächst werden die Schäden angeführt, die Rußland durch den Abtransport von Goldbeständen in das Ausland erlitten hat, so z. B. im Jahre 1915 und 1916 durch die Ueberführung von Goldbeständen in englische Banken, und durch die Fortführung des russischen Goldschatzes von Kasan durch Koltschak. Die in diese Kategorie fallenden Schäden werden auf 12 Milliarden 213 Millionen Goldrubel geschätzt.

Der durch Vernichtung von Transportmitteln und Ausgaben für kriegerische Operationen, die durch die Interventionspolitik notwendig wurden, erlittene Schaden, wird auf 11 Milliarden 271 Millionen Goldrubel beziffert. Den durch die Verminderung der industriellen Produktion infolge der Interventionspolitik erlittenen Schaden gibt die Broschüre mit 15 Milliarden 500 Millionen an. In der vierten Kategorie werden die zahlenmäßig nicht festzustellenden Schäden aufgeführt, u. a. die Verminderung der allgemeinen Produktion durch den Krieg, die Ausgaben für die Erhaltung der Armeen usw.

Die russische Antwortnote noch nicht überreicht

/Sonderbericht des „Intel".

Genua, 10. Mai

Die Antwort der russischen Delegation auf das Memorandum der Alliierten, deren Ueberreichung heute vormittag erfolgen sollte, wurde im letzten Augenblick zurückgezogen. Tschitscherin hatte am Vormittag eine zweistündige Unterredung mit Schanzer, die ihn veranlaßte, einige Aenderungen an dem ursprünglich festgesetzten Text vorzunehmen. Man erwartet die Ueberreichung der Note nunmehr in den späten Abendstunden.

Eine Sitzung der Petroleuminteressenten in Genua

Sonderbericht des „Intel".

Genua, 10. Mai

Wie der Sonderberichterstatter des Intel erfährt, hat bereits Montag in Genua eine Sitzung der Petroleuminteressenten stattgefunden, um zu der Frage der Ausbeutung der russischen Petroleumquellen im Kaukasus Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen teil Vertreter der Shell Company, der Royal Dutch Company und als Vertreter der belgisch-französischen Interessen ein zu der französischen Delegation gehörender Petroleumsachverständiger. Der Vertreter der Shell Company erstattete einen Bericht über die mit der Sowjetregierung bereits geführten Verhandlungen, und teilte mit, daß die Sowjetregierung bereit sei, unter folgenden Bedingungen Konzessionen zur Ausbeutung der kaukasischen Petroleumgruben zu gewähren:

Das Anfangskapital des ausländischen Syndikats muß genau so hoch sein, wie das von der Sowjetregierung aufgebrachte Kapital. Das notwendige Kapital wird durch Emissionen von Obligationen aufgebracht, die von dem ausländischen Konsortium garantiert werden. Die Direktion des Syndikats hat das Kontrollrecht über alle Verkäufe und wird in einem übergeordneten Aufsichtsrat in gleicher Weise wie die Sowjetregierung vertreten sein. Das ausländische Syndikat verpflichtet sich gegenüber der Sowjetregierung, das Petroleum zu den bestmöglichen Bedingungen zu verkaufen. Die Sowjetregierung hat das Recht, in jedem Augenblick, Petroleumerzeugnisse direkt an ausländische Regierungen zu verkaufen, aber in keinem Falle mehr als 50 Prozent der verfügbaren Produktion.

Das ausländische Syndikat erhält als Kompensation einen festen Prozentsatz von allen Verkäufen, und zwar bis zu einer Menge von 100 000 Tonnen in Höhe von 5 Prozent. Bei einer höheren Menge soll der Prozentsatz von Fall zu Fall festgesetzt werden. Das Abkommen wird auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen. Nach Ablauf von 5 Jahren hat die Sowjetregierung das Recht, die ausgegebenen Obligationen einzulösen, und zwar zum Emissionskurs oder unter noch festzusetzenden Bedingungen. Falls kein neues Abkommen automatisch um ein Jahr weiter.

Das Syndikat verpflichtet sich, eine eigene Verteilungsorganisation zu schaffen, der auch der Transport der gesamten Petroleumproduktion nach den Häfen obliegt. Zur Organisation des Transports wird eine halbe Million Pfund Sterling benötigt, die durch Obligationen, die mit 8 Prozent verzinst werden, aufzubringen sind. Für diese Obligationen garantiert die Sowjetregierung selbst mit ihrem Anteil an der Petroleumgewinnung. Nach Ablauf von zehn Jahren hat die Sowjetregierung das Recht, diese Transportobligationen zum Emissionskurse einzulösen.

Das Konsortium untersteht den russischen Gesetzen. Die Sowjetregierung verpflichtet sich, weder die Anlagen, noch das rollende Transportmaterial zu requirieren.

Unter den anwesenden Petroleuminteressenten herrschte Uebereinstimmung darüber, daß diese Bedingungen als Basis für die Verhandlungen bei der Uebernahme von Konzessionen in den Petroleumgebieten annehmbar seien. Es wurde jedoch festgestellt, daß Verträge mit der Sowjetregierung nicht abgeschlossen werden könnten, bevor die Antwort auf das russische Memorandum, insbesondere auf den Artikel 7, nicht geklärt sei.

Die Anwesenden verpflichteten sich, bei der Bewerbung um Konzessionen gegenseitig ihre Interessen zu berücksichtigen.

Schlußsitzung wegen Oberschlesien

Oppeln, 10. Mai

Der Interalliierten Kontrollkommission ging die Mitteilung zu, daß der Völkerbundrat am Donnerstag unter dem Vorsitz des Spaniers Leon zusammentritt, um den Schlußbericht des Präsidenten Calonder über die oberschlesischen Verhandlungen entgegenzunehmen. Mit der Ueberreichung dieses Berichts wird die amtliche Tätigkeit Calonders als Beauftragter des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage beendigt sein.

Provinz Berlin

Von Karl Leid.

Die Stadtgemeinde Berlin soll eine Provinzialverfassung bekommen und damit den jetzigen Charakter als Viermillionen-Großstadt verlieren. Das ist das Ziel der bürgerlichen Parteien. Zunächst bekennen sich offen zu diesem Gedanken die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Beide Parteien haben im Landtag Anträge gestellt, die den Provinzcharakter Berlins deutlich zum Ausdruck bringen. Während die Deutschnationalen zunächst 31 Ortschaften aus dem Gemeindekranze Berlin ausscheiden wollen, und sich dann auf eine andere Zusammensetzung des Magistrats und anderweitige Abgrenzung der Befugnisse zwischen Zentralmagistrat und Bezirksverwaltung beschränken, gehen die Anträge der Deutschen Volkspartei systematisch darauf hinaus, der Stadtgemeinde Berlin die Verfassung einer Provinz zu geben.

Die volksparteilichen Anträge stützen sich auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das die Bezirksversammlung als selbständige Gemeindevertretungen ansah, und ziehen daraus ihre Schlüsse. Danach sollen in Zukunft die Bezirksämter zu den Bezirksversammlungen wie der Magistrat zu den Stadtverordneten in Beziehung stehen. Die Bezirke sollen demgemäß alle Angelegenheiten der Selbstverwaltung selbständig bearbeiten. Dazu kommen Ortsangelegenheiten, die den Bezirken vom Magistrat überwiesen werden. Selbstverwaltungsangelegenheiten der Bezirke sind: a) das höhere und niedere Schulwesen mit Ausnahme des Fachschulwesens, b) das Straßenbau- und Fluchtlinienwesen nebst Straßenbeleuchtung und Reinigung mit Ausnahme solcher Maßnahmen, die für die Schaffung und Erhaltung oder Ausgestaltung von Durchgangs- und Ausfallstraßen für die Herstellung oder für die Schaffung, Unterhaltung und Ausgestaltung in Freiflächen erforderlich erscheinen; c) die Verwaltung der in dem Bezirk gelegenen vorwiegend der Bevölkerung des Bezirks dienenden Anstalten, deren Uebertragung von der Stadt Berlin beschlossen wird. Ausgeschlossen ist die Uebernahme der zur Pflege von Irren, Tauben und Blinden und zur Erziehung von Fürsorgezöglingen dienenden Anstalten; d) sonstige Angelegenheiten, insbesondere die Wohlfahrtspflege, deren Uebertragung im Einverständnis mit den Bezirken von der Stadt Berlin beschlossen wird.

Die Kosten für die Selbstverwaltungsangelegenheiten werden in Form von Zuschüssen (Dotationen) gedeckt, wobei für die Deckung der Kosten für Schulwesen, Straßeninstandhaltung u. a. besondere Regulative aufgestellt werden.

Außerdem sollen die Bezirke das Recht erhalten, zur Deckung der ihnen durch ihre Selbstverwaltungsangelegenheiten entstehenden Kosten Zuschläge zu der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer zu erheben oder besonders entsprechende Steuerverordnungen zu erlassen, allerdings unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Die Bezirke werden als öffentlich rechtliche Körperschaften, also als selbständige Gemeinden angesehen.

Der Magistrat soll nach den vorliegenden Anträgen eine andere Zusammensetzung erhalten. Die Deutschnationalen wollen ihn zusammensetzen aus 24 von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Mitgliedern, von denen je 12 besoldet bzw. unbesoldet sind, wozu die Bürgermeister der Bezirke treten sollen, ein Gremium, das also 44 Personen umfassen würde. Die Volksparteiler beantragen, den Magistrat aus 30 Mitgliedern bestehen zu lassen, und zwar aus 22 von den Stadtverordneten gewählten, je zur Hälfte besoldet und unbesoldet, und 8 Mitgliedern aus den Bezirksbürgermeistern, von denen die Bezirksversammlungen von 1—6 2 Mitglieder, die von 7—13 und von 8—20 je 3 Mitglieder wählen sollen. Natürlich ist das beliebe nicht aus politischen Gründen geschehen.

Noch interessanter ist der Vorschlag über die Wahl des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Kämmerers. Diese Beamten sollen mit zwei Drittel Mehrheit gewählt werden. Wie das in der Praxis bei den Parteiverhältnissen möglich gemacht werden soll, steht dahin. Koalitionszwang unter allen Umständen soll gewissermaßen gesetzlich festgelegt werden. Die übrigen Mitglieder des Magistrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

In der Hauptsache soll die eigentliche Führung der Geschäfte von den besoldeten Mitgliedern des Magistrats geleistet werden. Zulässig soll es sein, den unbesoldeten Mitgliedern des Magistrats und den Mitgliedern und Bezirksbürgermeistern die Bearbeitung einzelner Geschäfte oder Geschäftszweige zu übertragen. Das gilt aber als Ausnahme, so daß die unbesoldeten Mitglieder mehr als beratende und beschließende Personen in Frage kommen. Unklar ist, wie die Antragsteller sich den Zustand vorstellen, daß Bezirksbürgermeister an den Beratungen und Beschlußfassungen im Magistrat mitwirken, die doch ihren Bezirksversammlungen gegenüber verantwortlich sind, während sie als Magistratsmitglieder doch auch der Stadtverordnetenversammlung gegenüber die Verantwortung mit zu übernehmen hätten.

Bemerkenswert ist, was die Antragsteller über die Aufsicht sagen. Danach wird die staatliche Aufsicht über die Verwaltung der Selbstverwaltungsangelegenheiten der Bezirke in erster Instanz von dem Oberbürgermeister, in höherer und letzter Instanz von dem Oberpräsidenten ausgeübt.

Was in Vorstehendem dargelegt ist, ist nur die rohe Wiedergabe der in den Anträgen der Deutschen Volkspartei niedergelegten Gedanken, die bereits dem am heutigen Donnerstag zusammentretenden Landtagsausschuß vorgelegt worden sind. Es geht aber daraus klar hervor, daß der jetzige Charakter der Stadtgemeinde Berlin aufgehoben und Berlin als Provinz aufgezogen werden soll.

Nun ist es gewiß wichtig, daß ein Gebilde wie Groß-Berlin mit seinen nahezu vier Millionen Einwohnern nicht in allen Einzelheiten in das Prokustesbett einer Städteverfassung geschnallt werden braucht, und es liegt auch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, Normen und Formen zu finden, die der neuen Stadtgemeinde Berlin besser gerecht werden, als die heutige Verwaltungsform. Aber uns scheint bis zu diesem Augenblick keine zwingende Veranlassung vorzuliegen, schon heute zu einer Abänderung zu kommen, wie das die bürgerlichen Parteien anstreben. Auch uns behagt die Form, in die die neue Stadtgemeinde heute gezwängt ist, durchaus nicht. Sie ist weder Fisch noch Fleisch, weder Gesamtgemeinde noch Einheitsgemeinde. Wir haben angestrebt die Schaffung einer Einheitsgemeinde, aus der sich eine aus den Bedürfnissen notwendige Dezentralisation von selber herauswachsen sollte. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden.

Und was heute geworden ist, ist sehr unbefriedigend. Der neuen Verwaltung hat sich zu stark der Bürokratismus bemächtigt, der Satzungen und Richtlinien formte, die mit der Praxis von Tag zu Tag in immer schreienderen Gegensatz gerieten und Reibungen und Konflikte brachten, die einer verständigen Handhabung der Verwaltungsgeschäfte nur im Wege standen und die Verwaltung ganz unnötig verteuerten durch eine Bürovorsteherherrschaft, die ungern ihr Recht hergeben wollte. Aber man konnte doch hoffen, daß schon aus finanziellen Gründen diese Mißhelligkeiten im Lauf der Zeit beseitigt würden. Für uns hat es sich nie um die Frage gedreht, ob zentral oder bezirksweise die Angelegenheiten zu verwalten sind, sondern darum, wie am zweckmäßigsten und für die gesamte Bevölkerung am vorteilhaftesten die Geschäfte der Stadt geführt werden. Gut Ding will Weile haben. Die neue Stadtgemeinde hatte Kinderkrankheiten zu überwinden, aber man kann die Hoffnung haben, daß das in absehbarer Zeit geschehen wird. Die politischen Machtverhältnisse werden heute mehr denn je auch in der Gemeinde ihren Ausdruck finden. Dazu ist heutzutage das Gemeindeleben stärker als je mit dem öffentlichen Leben verbunden und verquickt. Die Gemeinde ist mit Staat und Reich schon aus finanziellen Gründen auf Gedeih und Verderb verknüpft. Aber man kann nicht ständig Aenderungen der Gemeindeverfassungen vornehmen. Man kann noch Erfahrungen sammeln. Dazu kommt, daß in Preußen die große Gemeindereform bevorsteht. Allerdings was uns heute das Ministerium des Innern in dem Torso der Städteordnung und Landgemeindeordnung vorgelegt hat, ist so erbärmlich schlecht, so daß man sich fragt: zu solchem Stück- und Flickwerk braucht man Jahre?

Es fehlt ein vollständiger Aufbau einer wirklichen Gemeindereform, von unten nach oben zusammenhängend, von der Gemeinde bis zur Provinz. Erst nach einem solchen Neuaufbau wird man die zweckmäßigste Form der Verwaltung für Groß-Berlin zu erkennen vermögen. Bis dahin mag das jetzige Berlin Erfahrungen sammeln, und dann kann man auf Grund besserer Einsicht auch einer Reform der Groß-Berliner Gemeindeverfassung nähertreten. Daß dann aber der von den Deutschnationalen und den Deutschen Volksparteilern vorgeschlagene Weg nicht der gangbare ist, steht für uns schon heute fest. Allerdings entscheiden alsdann nicht fromme Wünsche, sondern Fragen der politischen Macht.

Neue Auslieferungsschmach

Die verantwortlichen Männer in Preußen und im Reich geizen fortgesetzt nach neuer Schande. Es genügte ihnen nicht, daß sie durch die kürzliche Auslieferung der beiden spanischen Syndikalisten Fort und Concepcion an das spanische Blutregiment das Asylrecht mit Füßen getreten und sich mit untilgbarer Schmach bedeckt hatten, sondern sie haben jetzt dieser kürzlichen Tat eine weitere noch hinterhältigere folgen lassen.

Schon wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß gegen den Italiener Giuseppe Boldrini, der auf Betreiben der italienischen Regierung in Düsseldorf verhaftet worden war, ein Auslieferungsverfahren schwebte. Er war der Teilnahme an revolutionären Kämpfen in Italien beschuldigt, obwohl er nachweislich zu jener Zeit ganz wo anders weilte. Aber was stört dies Herrn Severing, was den preußischen und den Reichsjustizminister und die Herren des Auswärtigen Amts! Wenn sie sich nur einer reaktionären Regierung gegenüber gefällig zeigen können! Und so ward Boldrini am 4. Mai heimlich nach Italien transportiert, ohne daß man seine Verteidiger auch nur in Kenntnis gesetzt hätte. Es geschah dies, obwohl seinerzeit der Auslieferungsantrag Italiens drei Tage zu spät gestellt worden war. Der Prozeß gegen Boldrini hat gestern in Mailand begonnen.

Gegen diese schändliche Zertrümmerung des Asylrechts durch Severing, Radbruch usw. erheben wir den allerschärfsten Protest. Sie haben sich damit außerhalb jeder sozialistischen Gemeinschaft gestellt. Ja, selbst jeder anständige Demokrat muß eine Gemeinschaft mit den für die Auslieferung Verantwortlichen ablehnen. Die demokratische Berliner „Volkszeitung" schreibt denn auch: „Wir müssen diese Verletzung des geheiligten Asylrechts durch die deutsche Regierung auf das schärfste verurteilen und wir erwarten von den freiheitlich gesinnten Mitgliedern der Parlamente, daß sie die Regierung ohne falsche Zurückhaltung zur Rechenschaft ziehen. Boldrini ist nicht der einzige italienische Revolutionär, der sich in Deutschland geborgen meinte. Wir wollen nicht, daß auch die übrigen den Häschern ihres Landes ausgeliefert werden." Diese Mahnung ist um so berechtigter, weil noch zwei weitere italienische Revolutionäre, Francisco Ghezzi und Romeo Vachi, die sich in den Händen der deutschen Polizei befinden, nach Italien ausgeliefert werden sollen.

Preußen und der Lebensmittelwucher

Die preußische Regierung ist trotz der drückenden Notlage, in der sich die breiten Massen des Volkes infolge der unerhörten Teuerung befinden, nicht gewillt, gegen den Wucher und die Preistreiberei irgendwelche vorbeugende Schritte zu unternehmen. Das war das Ergebnis der Aussprache im Hauptausschuß des Preußischen Landtags. Die Rechtsparteien wagen es zwar nicht mehr, für die hohen Preise die Löhne der Arbeiter verantwortlich zu machen. Sie halten diese Preise aber für berechtigt und versuchen, sie mit den gesteigerten Ausgaben für Düngemittel und mit dem großen Sturz der Mark zu begründen. Zentrum und Demokraten, die gleichfalls über die Teuerung bewegte Worte zu finden wissen, bleiben bei den Worten und stehen jeder ernsten Vorbeugungsmaßnahme ablehnend gegenüber. Sie lehnen heute sogar das Umlageverfahren ab, nachdem sie bereits entscheidend bei der Beseitigung der Zwangswirtschaft mitgewirkt und dadurch den Wucher am wesentlichsten begünstigt haben.

Die von den sozialistischen Parteien eingebrachten Anträge, die allein die Möglichkeit zu einer besseren Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Lebensmitteln bieten, wurden von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Ein Zentrumsantrag, der Annahme fand, ist weiße Salbe. Greifbare Erfolge könnte höchstens die Forderung des Zentrumsantrags bringen, der Verschiebung von Zucker ins Ausland vorzubeugen. Aber von dem Beschluß bis zu seiner Ausführung ist ein weiter Weg. **Fleisch, Brot und Kartoffeln**, also die wichtigsten Nahrungsmittel, **bleiben dem Wucher frei verfügbar.** Die Arbeiterschaft wird also nur durch Kampf um Erhöhung der Löhne ihre Lebenslage etwas verbessern können. Die preußische Regierung steht ebenso wie die Reichsregierung unter dem Druck der agrarischen Wucherer. Von ihr ist keine Abhilfe zu erwarten.

Interpellation gegen die Militär-Schupo

Die unabhängige Reichstagsfraktion hat beschlossen, unter Bezugnahme auf das Blutbad vor dem Berliner Rathause im Reichstage eine Interpellation einzubringen, die sich gegen den rein militärischen Charakter der Schupo wendet. Die „Freiheit" hat bereits in einem Leitartikel gegen die Militär-Schupo Stellung genommen. Unsere Genossen aus dem Westen berichten, daß auch dort die Schupo nichts weiter sei als eine maskierte Reichswehr. Der „Vorwärts" wird durch unsern Vorstoß gegen den Militärgeist der Schupo von nationalistischen Beklemmungen befallen. Er sieht darin eine Aufforderung an die Entente, die Schupo aufzulösen. Es ist schlimm genug für die „demokratische Republik", wenn sie erst durch ein Machtgebot der Entente zur Entmilitarisierung der Schutzpolizei gezwungen werden muß. Wir haben in unserm Artikel „Militärtruppen oder Schutzpolizei" in vier Forderungen Fingerzeige für eine solche Entmilitarisierung gegeben. Wenn der „Vorwärts" in seiner sinnlosen Wut sagt, wir wollten offenbar die Auflösung der Schupo und die Erhaltung der Reichswehr, so erübrigt sich eine Antwort auf eine solch blöde Verdrehung.

Betriebsschluß bei Daimler

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart hat ihren Betrieb auf sechs Wochen geschlossen. Laut Wolffmeldung erfolgte die Schließung „infolge kommunistischer Gewaltmaßnahmen". Den Text kennen wir. Da Einzelheiten über den Betriebsschluß bei Schluß der Redaktion noch nicht vorliegen, behalten wir uns nähere Stellungnahme vor.

Eisenbahntariferhöhung in Rußland. Rußpreß zufolge hat das Volkskommissariat für Verkehrswesen in Sowjetrußland die Eisenbahntarife erhöht. Seit dem 1. Mai kostet eine Fahrkarte von Moskau nach Jekaterinenburg 12 700 000 Rubel, von Moskau nach Odessa 10 800 000 Rubel und von Moskau nach Petersburg 6 400 000 Rubel.

Grabbes Napoleon

Staats-Theater

Grabbe wird oft als typisches Beispiel für die Tragödie des Genies genannt, das durch den Unverstand des Publikums und die kleinlichen Quälereien eines elenden Lebens zugrunde gerichtet wird. Gewiß ist das Schicksal des unverstandenen und des hungernden, ewig kranken Dichters erschütternd. Aber Grabbes eigentliche, erschütternde Tragödie liegt wo anders, nicht in mehr oder weniger äußerlichen Umständen, sondern in ihm selbst. Sie liegt darin, daß seine großen starken und entflammenden Gefühle und Empfindungen nicht von ebenso großen, starken und flammenden Gedanken und Ideen getragen werden. Man denkt, wenn man Grabbe liest, manchmal an Büchner. Aber nur, um sogleich zu merken, was ihm fehlt, um den zu erreichen. Er hat dasselbe heiß brennende Herz; aber ihm fehlt der klar lenkende Geist. Seine Konzeption, seine Empfindung und seine Phantasie sind größer als seine Darstellungskraft. Und so kommt es, daß, während die Dramen des genialen Büchner heute noch so stark und so lebendig sind, wie am Tage ihrer Geburt, die des nur genialischen Grabbe ein wenig historisch, ein wenig veraltet erscheinen. Büchner gehört noch heute dem Leben, Grabbe der Literaturgeschichte an.

Es ist kein Zufall, daß sein großes historisches Drama „Napoleon oder die hundert Tage", das 1830 so kühn, so neu, so revolutionierend erschien, daß nur die freiesten und vorgeschrittensten Menschen es verstanden und bewunderten, daß der Inhalt dieses selben Dramas heute gerade denen am besten gefällt, die geistig und politisch ein bißchen zurückgeblieben sind. Es ist seltsam und fast erschreckend zu sehen, wie rasch ein doch immerhin bedeutendes, genialisches Werk veraltet und überholt wird. Aber es ist andererseits auch wieder schön und erfreulich zu sehen. Denn es ist ein Zeichen für die Entwicklung und den geistigen Fortschritt der Menschheit.

Grabbe schildert in seinem „Napoleon" jene hundert Tage des Jahres 1815, in denen der nach Elba verbannte Bonaparte, dem Wiener Kongreß zum Trotze sein Kaiserreich wieder aufzurichten versuchte, siegreich — bis ihn bei Belle-Alliance die verbündeten Preußen und Engländer endgültig schlugen. Grabbe gestaltet und konzentriert diese historische Episode, diese Tragödie der an der Uebermacht zerschellenden letzten Willensanstrengung des seine Gegner überragenden Emporkömmlings nicht zum Drama. Er zeigt nur Bilder. Er schlägt gleichsam das Bilderbuch der Weltgeschichte vor uns auf und blättert ein paar Seiten um. Die Bilder sind zwar von ihm koloriert, mit bunten, starken, lebhaften Farben (unter denen, wie das auf Bilderbogen üblich ist, das Rot des Militärs, der Feuersbrunst, des Blutes vorherrscht, aber geschaffen hat nicht er sie, sondern die Weltgeschichte selbst. Er hat den großen Stoff nur nachgezeichnet und angemalt, nicht neu geschaffen, nicht zum ewig wirkenden Kunstwerke verdichtet. Zu getreu folgt er der geschichtlichen Wahrheit. Die Geschichte aber schafft keine Kunstwerke, nur Schicksale und Bilder.

Wohl schildert Grabbe auch das Volk; aber es ist ihm nicht der Untergrund, aus dem die historischen Ereignisse geboren werden, sondern der Hintergrund, vor dem sich die Ereignisse abspielen, die er für die richtigen hält: die Schlachten, die Siege und Niederlagen der Fürsten und Generale. Für ihn ist Napoleon der Held, in dessen Händen das Schicksal Europas ruht. Und die große Frage seines Dramas ist die, ob Napoleon die Schlacht von Belle-Alliance gewinnt oder nicht. Diese Art der Geschichtsbetrachtung erscheint uns etwas kindlich. Wir wissen, daß die Generäle und ihre Schlachten weit weniger wichtig für die Entwicklung der Geschichte waren als die wirtschaftlichen Verhältnisse Europas, und daß Napoleon, auch wenn er bei Belle-Alliance gesiegt hätte, dort gescheitert wäre. Wir können diese Schlachtenbilder, die Grabbe mit viel Kanonendonner und Pulverdampf, Vordrängen und Zurückweichen vor uns aufmalt, nicht mehr so ernst nehmen, wie wir sie nahmen, als wir noch mit Bleisoldaten spielten. Und da die Tragödie, die wir in Napoleons Niederlage sehen — die Niederlage des aus der Revolution geborenen modernen, vorgeschrittenen Geistes unter dem preußisch-russischen Kommißstiefel und der englischen Krämerelle — da diese Tragödie gar nicht oder nur sehr undeutlich von Grabbe dargestellt wird (weil er sie 15 Jahre nach dem Ereignis noch nicht so deutlich sah, wie wir sie jetzt nach 100 Jahren sehen), deshalb erscheint uns dieses historische Drama mit seinem großen Schlachtenfeuerwerk wirklich so etwas wie das Bilderbuch eines zwar genialen, aber doch nicht sehr einsichtigen Schulknaben, der in der Tat mit Bleisoldaten spielt.

Er berauscht sich am Donner der Kanonen und der großen Worte. Aber unter uns berauschen sich daran nur noch die geistig und politisch Zurückgebliebenen. Wir andern lieben mehr die Kriegshelden und Schlachtenlenker (Caesar und Napoleon), die uns Bernhard Shaw gezeichnet hat, groß, nicht durch ihre Worte und Gebärden, sondern durch ihre skeptischen, vorurteilslosen, vernünftigen Gedanken. Groß, nicht weil, sondern obwohl sie Feldherren sind.

Was auch heute noch und noch für uns lebendig ist in Grabbes „Napoleon", das sind ein paar Volksszenen. Nicht die Revolutionsszenen; denen merkt man doch an, daß der Dichter eine Revolution so wenig erlebt hat wie eine Schlacht. Aber ein paar Jahrmarktsszenen und ein paar Gespräche verrieten nicht eben sehr freiwilligen „Freiwilligen" des preußischen „Volksheeres", das in den Befreiungskampf zog, gegen den „Tyrann" Napoleon, weil es durchaus seinen eigenen Tyrannen und seine eigenen Prügel haben wollte.

Jeßner (im Staatl. Schauspielhaus) faßt die vielen Einzelszenen zu „13 Bildern" zusammen. Es sind wirklich Bilder, die er zeigt, lebende Bilder, in des Wortes wahrer Bedeutung. Aber sie haben nur ein äußeres, kein innerliches Leben. Die dramatische Steigerung, die Grabbe seinem Drama schuldig geblieben ist, vermag auch Jeßner diesen Bildern nicht zu geben. Sie zeigen viel Leben, sie haben es nicht. Sie haben nur eine bewegte Oberfläche, kein bewegliches und bewegendes inneres Leben. Das Beste an Jeßners Regie ist wie immer, seine musikalische Einstellung. Durch monotone, dumpfe Paukenschläge, unaufhörlich sich wiederholende, gibt er nicht nur den Eindruck vorüberziehender Truppen, sondern er bestimmt dadurch den Rhythmus einer ganzen Szene. Das ist gewiß ein äußerliches Mittel. Aber mit Virtuosität angewandt — und sehr wirkungsvoll.

Nimmt man der Aufführung diesen musikalisch-monotonen Hintergrund, so bleibt von ihrem Zauber allerdings nicht viel mehr übrig, als vom Zauber des Militärs übrig bleibt, wenn man ihm die Militärmusiker nimmt.

Höchstens noch ein paar bunte Guckkastenbilder von César Klein!

Hans Siemsen

Sowjetrußlands literarische Produktion. Die Statistik des Berner „Droit d'Auteur", die im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" wiedergegeben wird, macht auch interessante Mitteilungen über die Büchererzeugung Rußlands im Jahre 1920. In Sowjetrußland waren die Vorräte der alten Verlagsfirmen damals schon seit langem erschöpft. Neuauflagen sind äußerst selten, und die Bücherausfuhr ist gleich Null. Die russischen Emigranten schufen sich nun in ihren verschiedenen Niederlassungen außer Landes eigene Verlagsfirmen, gründeten Zeitungen und Zeitschriften, und verschiedene Verleger in Berlin, Paris, Konstantinopel, Prag, Stockholm, Sofia druckten die klassischen Werke der russischen Literatur, praktische Bücher, Schulbücher, Jugendschriften usw. Der Hauptmittelpunkt der literarischen Produktion Rußlands ist gegenwärtig Berlin. Eine systematische Uebersicht der russischen Bücher, die 1920 und 1921 erschienen, weist folgende Hauptzahlen an Neuerscheinungen auf: In schöner Literatur und Jugendschriften 396, in Politik, Volkswirtschaft und Geschichte 129, in den exakten Wissenschaften und Medizin 61, ebensoviel in pädagogischen Werken und Schulbüchern. Literaturgeschichte, Kritik, Philosophie, Religion sind mit 59 Titeln vertreten, Technik und Landwirtschaft mit 13. Im ganzen sind es 742 Neuerscheinungen. Eine unvollständige bolschewistische Aufzählung gibt 369 Titel.

Stinneskoalition in Braunschweig

Der „Vorwärts“ kann triumphieren. Die „große Koalition“ in Braunschweig ist von den dortigen Rechtssozialisten beschlossen worden. Der rechtssozialistische Braunschweiger „Volksfreund“ sucht dies jammervolle Verhalten wie folgt zu begründen:

„Es soll einmal ganz offen ausgesprochen werden, daß seit der Tagung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in den Kreisen der Mitgliedschaft sowie der Mitläufer der Unabhängigen eine starke Verstimmung gegen die Partei besteht, die sich praktisch mindestens in einer starken Wahlenthaltung auswirken würde, das heißt: es liegt die Gefahr nahe, daß die sozialistische Mehrheit bei einer Neuwahl des Landtags auf unbestimmte Zeit verloren gehe. Die sozialdemokratische Partei wird versuchen, durch Verhandlungen eine stabile Regierungskoalition zu schaffen. Daß dafür nur noch bürgerliche Parteien in Frage kommen, ist die Schuld der Unabhängigen. Die Unabhängigen zwingen uns in die große Koalition hinein, wenn unsere Partei nicht ebenso leichtfertig und verantwortungslos, wie die Unabhängigen, die Interessen ihrer Wählerschaft aufs Spiel setzen und einer Landtagsauflösung das Wort reden wollte.“

Diese klägliche Ausrede der Rechtssozialisten wird treffend beleuchtet durch die aus demokratischen Braunschweiger Kreisen stammende Mitteilung der „Vossischen Zeitung“.

„Die Demokraten würden übrigens nie zu einer derartigen Koalition (mit den Unabhängigen) bereit gewesen sein, die nicht von Dauer sein kann und nur mit Prestigeverlusten verbunden wäre.

Also genau wie im Reiche auch hier Ablehnung der Demokraten, mit den Unabhängigen in eine Regierungskoalition einzutreten, weil sie mit wirklichen Sozialisten nicht kapitalistische Politik treiben können. Trotzdem der elende rechtssozialistische Vorwurf, „Die USP. treibt uns zur Stinneskoalition.“

Dem „Vorwärts“ sind übrigens unsere Feststellungen über seinen sauberen Pressekommissionsvorsitzenden Bendiner so in die Glieder gefahren, daß er in seiner Verwirrung ausplaudert,

„daß sowohl wir wie unsere Leser von dem Strafverfahren vollkommen überrascht waren und daß niemand in der Partei von dem seit Jahren schwebenden Verfahren die geringste Ahnung gehabt hatte.“

Und das Blatt einer Partei, die so leichtfertig bei der Auswahl der Landtagskandidaten verfährt, an Stelle des seit 30 Jahren bewährten Politikers Ströbel den völlig unbekannten Streber, Schieber und Wucherer Bendiner zu setzen und ihn zum Vorsitzenden der Pressekommission ihres Zentralorgans zu machen, wagt es, gegen die USP. Vorwürfe zu erheben, weil sie Oerter, der sieben Jahre Zuchthaus wegen seiner politischen Ueberzeugung auf sich genommen und jahrzehntelang in der sozialistischen Bewegung gestanden hat, bis zum Beweise seiner Vertrauensunwürdigkeit mehr geglaubt hat, als seinen von kapitalistischer Rachsucht getriebenen bürgerlichen Gegnern!

Gröners Etat und der Reichstag

Nach der Oster-Pause steuerte der Reichstag am Mittwoch gleich wieder mit vollen Segeln in die Verhandlungen hinein. Präsident Löbe widmete dem verstorbenen Gen. Hue einen Nachruf, dann begann sofort die Beratung über den Haushalt des Reichsverkehrsministers.

Für die SPD. protestierte Abg. Brunner gegen Gröners Absicht, ein Eisenbahn-„Arbeitszeitgesetz“ vorzulegen. Der Redner machte hierzu die treffende Bemerkung, wir hätten in Deutschland ja bereits ein derartiges Gesetz, nämlich den Achtstundentag, den wir uns nicht nehmen lassen! Hoffentlich knicken Brunners Fraktions- und Parteigenossen nicht wieder — wie sonst bisweilen — zusammen, wenn die Regierung mit dem Attentat gegen die Arbeiterschaft ernst zu machen versucht. —

Auch auf Wirths und Gröners schwankende Haltung kam Brunner zu sprechen: Im Anschluß an den jüngsten Streik sollte kein Eisenbahner gemaßregelt werden, und jetzt tobt sich die schnödeste Rachepolitik aus. Schließlich geißelte er die Grönersche Politik der Sparsamkeit am falschen Orte: Man entläßt Arbeiter und gibt der Privat-Industrie desto teurere Aufträge! Das soll wohl die Brücke zur Verschiebung der Eisenbahnen aus Privatkapital werden? Hier mag sich die Regierung auf den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft gefaßt machen. Man jage alle diejenigen Beamten zum Teufel, die ihr Amt nicht im demokratischen Sinne verwalten können oder wollen, dann dürfte manches besser laufen als es heute der Fall ist.

Der Zentrums-Abgeordnete Hoefle machte dem Reichsverkehrsminister die gleichen Vorhaltungen wie Brunner in bezug auf falsche Sparsamkeits- und brutale Entlassungs-Politik. Reichert von den Deutschnationalen sang ein Jammerlied über das Schwinden der „alten Ordnung“ und des „alten Geistes der monarchistischen Zeit“ — dann trat die Vertagung ein.

Am Donnerstag wird Genosse Aufhäuser für unsere Fraktion das Wort ergreifen.

Kommunale Neuwahlen

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages wurde bei der Besprechung des Etats des Staatsministeriums auch die bevorstehende Reform der Städte- und Landgemeindeordnung gestreift. Der der Oeffentlichkeit bereits zugänglich gemachte Referentenentwurf stellt eine ganz üble Kompromißarbeit dar und ist im Grunde nichts anderes, als eine Zusammenleimung zufällig zusammengetragener Paragraphen. Es fehlt dem Entwurf der leitende Gedanke einer allgemeinen Verwaltungsreform, die von der Provinz und den Kreisen ausgehen hat, weil sich nur so ein großzügiger Neuaufbau der Verwaltung bewerkstelligen läßt. Die Provinz- und Kreisverwaltung ist in dem Entwurf aber nicht einmal dem Sinne nach erwähnt. Nicht ein Hauch des neuen Geistes ist in ihm zu verspüren, nichts, was den Bedürfnissen einer republikanischen Verwaltung Rechnung tragen würde. Er bleibt meilenweit hinter der von den sozialistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen geplanten Verwaltungsreform zurück.

Um die geplante Reform in Preußen werden sich in den nächsten Monaten zweifellos große Auseinandersetzungen im Landtag abspielen. Die Durcharbeitung des Reformplanes wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Inzwischen wird von allen Seiten nach einer Neuwahl der Stadt- und Gemeindeverordneten gedrängt. Die Deutschnationalen beantragen unbeschadet der Verabschiedung der geplanten Reform, die Neuwahlen spätestens bis zum ersten Dezember vornehmen zu lassen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, wohl aber mit großer Mehrheit ein gemeinsamer Antrag der Koalitionsparteien angenommen, der die Neuwahlen für das erste Vierteljahr 1923 fordert. Die Wahlen sollen durch ein Notgesetz angeordnet werden.

Wir werden also **spätestens im Frühjahr 1923 in Preußen kommunale Neuwahlen** bekommen. Es wird gut sein, wenn unsere Genossen schon während des Sommers mit den Vorarbeiten beginnen, damit sie dem im Winter beginnenden Wahlkampf in jeder Hinsicht gewachsen sind.

Die USP. gegen den Gröner-Kurs

Die unabhängige Reichstagsfraktion hat zum Etat des Reichseisenbahnministeriums folgenden Antrag eingebracht, der sich gegen die Massenmaßregelungen im Reiche Gröners wendet:

Der Reichstag wolle beschließen,

die Reichsregierung zu ersuchen,

I. aus Anlaß der zurückliegenden Eisenbahnerstreiks keine weiteren Disziplinarverfahren einzuleiten und keine weiteren Kündigungen auszusprechen;

II. **sämtliche aus diesem Anlaß bereits eingeleiteten Disziplinarverfahren einstellen zu lassen und alle Kündigungen zurückzuziehen;**

III. für den Fall der Ablehnung des Antrages zu II

1. die bereits eingeleiteten oder abgeschlossenen Disziplinarverfahren und bereits ausgesprochenen Kündigungen unter Mitwirkung der Beamtenräte gemäß § 43 des Beamtenräte-Erlasses vom 7. Mai 1921 daraufhin nachzuprüfen, ob sie entsprechend der Zusage des Reichskanzlers an die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter vom 8 Februar 1922 eröffnet werden durften und in den Fällen, in denen bei Einleitung der Disziplinarverfahren die erwähnten Voraussetzungen nicht gegeben waren,
   a) die Voruntersuchung einzuleiten,
   b) den Antrag auf Eröffnung des Disziplinarverfahrens zurückzuziehen oder
   c) durch Antrag seitens der Regierung bei dem Disziplinarsenat des Oberverwaltungsgerichts das **Verfahren einstellen zu lassen;**
2. die gemäß der Zusage des Reichskanzlers zu Unrecht ausgesprochenen Kündigungen sofort zurückzunehmen;
3. die verfügten **Entlassungen** von Eisenbahn-Arbeitern und -Angestellten unter Mitwirkung der zuständigen Betriebsräte nachzuprüfen und, soweit sie den Zusagen des Reichskanzlers und der vom Reichsverkehrsminister dem Deutschen Eisenbahner-Verband gegebenen Zusicherung zuwiderlaufen, **zurückzunehmen.**

IV. die im Zusammenhang mit dem Streik der Eisenbahnbeamten auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten **eingeleiteten Strafverfahren durch Amnestie zur Einstellung zu bringen.**

Dieser Antrag wird in der heutigen Debatte über den Eisenbahnetat durch unseren Genossen Aufhäuser, einen der Vorsitzenden des Afa-Bundes, begründet werden.

Kein Sondergesetz für Bergarbeiter

Das heute im Reichstage in erster Lesung zur Beratung stehende Sondergesetz für die Arbeitszeit der Bergarbeiter unter Tage ist von allen Bergarbeiterorganisationen des Ruhrgebiets einmütig abgelehnt worden. Die Bergarbeiter verlangen die Regelung ihrer Arbeitszeit im Rahmen des allgemeinen Arbeitszeitgesetzes und lehnen schon deshalb das Sondergesetz ab, abgesehen von dessen Bestimmungen, die auf eine Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau hinauslaufen. Die unabhängige Reichstagsfraktion hat sich gestern auf denselben Standpunkt gestellt und die Fraktionsredner, die Genossen Rosemann und Pieper, die beide Bergarbeiter sind, beauftragt, für Ablehnung des Gesetzes ohne Kommissionsberatung einzutreten.

Richtlinien für Demonstrationen

Infolge der Vorgänge vor dem Berliner Rathaus am 2. Mai bei der Demonstration der Gemeindearbeiter fand am gestrigen Mittwoche eine Besprechung von Vertretern der Berliner Gewerkschaftskommission und des Afabundes mit dem Polizeipräsidenten Richter statt, um Richtlinien für kommende Demonstrationen zu erlassen. Es kam auch eine Einigung zustande. Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen.

Erich Anspach

Die bürgerliche Presse bringt ganze Spalten über die Entgleisungen eines gewissen Anspach, dem Betrügereien aller Art zur Last gelegt werden. Er soll falsche Pfandscheine, Einjährigen-, Abiturienten-Zeugnisse und dergl. gemacht haben. Dies und sonst noch allerlei wird in der Tagespresse mit behaglichster Breite ausgemalt, nur damit in Sperrschrift eingeflochten werden kann, der biedere Anspach sei ein Jahr lang „Freiheit“-Redakteur gewesen! Allerdings ist dies unwahr. Anspach war nicht Redakteur an unserem Blatte, sondern stand nur etwa sechs Monate lang in einem losen Mitarbeiter-Verhältnis, bis die alte Redaktion — Mitte 1920 — das Verhältnis mit ihm löste.

Die Hervorhebung seiner angeblichen Redakteurtätigkeit bei uns soll dem durchsichtigen Zwecke dienen, unserer Partei eins auszuwischen. Wie töricht! Anspach kommt aus der bürgerlichen Gesellschaft, die sich Mühe geben sollte, ihre Sprößlinge besser zu erziehen. Die fromme „Kreuz-Zeitung“, an deren Köpfchen wieder die alte Parole prangt „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!“ — die „Kreuz-Zeitung“ hat über Anspach so viel zu schreiben, daß sie ganz zu berichten vergißt, aus welchem Milieu er kommt. Er ist nämlich der Sohn eines Pfarrers, der wegen Trunksucht und sittlicher Verfehlungen aus dem Dienst entlassen wurde.

Sollten die Keime zu Anspachs verbrecherischen Neigungen (er ist heute 24 Jahre alt) nicht schon mehr als zwei Jahrzehnte vor der Zeit gepflanzt worden sein, ehe er vorübergehend Mitarbeiter der „Freiheit“ wurde?

Ernährung und Landwirtschaft

Im Hauptausschusse des Reichstages wurde am Mittwoch die Etatsberatung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt. Für die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und die Unterstützung wissenschaftlicher Bestrebungen wurde von den bürgerlichen Parteien eine Erhöhung der eingestellten Summen (2½ Millionen Mark) auf 5 Millionen Mark verlangt, aber unsere Genossen Herz und Schmidt (SPD.) forderten zunächst eine möglichst spezifizierte Aufstellung über die Verwendung der Gelder. — Zur Bewilligung des Auslandsgetreides bewilligte der Ausschuß 953 Millionen Mark.

Die Antwortnote an die Reparationskommission

Die Reichsregierung hat an die Reparationskommission in Beantwortung der Note vom 13. April eine Note gerichtet, die gestern in Paris übergeben wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Nach den vorangegangenen Besprechungen glaubt die Deutsche Regierung aus der Note der Reparationskommission vom 13. April 1922 entnehmen zu können, daß der Reparationskommission ebenso wie ihr selbst daran gelegen ist, gewisse Mißverständnisse, die über die beiden vorher gewechselten Noten entstanden sind, zu beseitigen und durch vertiefte Besprechungen die Lage auch in sachlicher Hinsicht zu klären. Um diese Arbeiten zu fördern, beehrt sich die Deutsche Regierung folgendes mitzuteilen:

1. Es entspricht der Auffassung der Deutschen Regierung, daß es grundsätzlich notwendig ist, die gesamten in Papiermark entstehenden Staatsausgaben durch Einnahmen aus Steuern und inneren Anleihen ohne Vermehrung der Geldinflation zu decken. Die Deutsche Regierung erkennt auch an, daß es notwendig ist, alsbald weitere Schritte für die Durchführung dieses Grundsatzes zu tun. Andererseits wird es mit Rücksicht auf die Lage der deutschen Wirtschaft und auf die deutschen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland unumgänglich notwendig sein, daß erhebliche vom Reich in ausländischer Währung zu leistende Zahlungen durch äußere Anleihen beschafft werden.

Mit Rücksicht auf die erst in letzter Zeit beschlossene außerordentliche Erhöhung der Steuern ist es nicht möglich, dem Verlangen der Reparationskommission auf Einführung weiterer Steuern im Betrage von 60 Milliarden Mark vor dem 31. Mai 1922 zu entsprechen; die Deutsche Regierung ist aber bereit, vor diesem Tage der Reparationskommission einen eingehenden Plan mitzuteilen, der das Ziel verfolgt, dem eingangs aufgestellten Grundsatz Rechnung zu tragen.

2. Die Deutsche Regierung nimmt gern davon Kenntnis, daß die Reparationskommission die Souveränität Deutschlands bei der Feststellung seiner öffentlichen Ausgaben sowie in den Fragen der Besteuerung und der allgemeinen Finanzpolitik anerkennt. Sie nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Kommission den Wunsch hat, die Deutsche Regierung bei der Ordnung der Reichsfinanzen zu unterstützen. Sie wird zu diesem Zweck der Reparationskommission alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte eröffnen. Sie wird deshalb auch für die Dauer der Regelung ihrer Zahlungsverpflichtungen, wie sie die Entscheidung der Kommission vom 21. März 1922 vorsieht, mit der Reparationskommission über die von ihr geplanten gesetzgeberischen Schritte auf dem vorher bezeichneten Gebiet der Finanzgebarung ins Benehmen treten.

3. Die Deutsche Regierung wird sich im übrigen nach Kräften bemühen, den von der Reparationskommission in ihrem Brief vom 21. März ausgesprochenen Bedingungen zu entsprechen. Sie hält indessen an der Auffassung fest, daß einige dieser Anforderungen unerfüllbar sind. In diesem Zusammenhang bezieht sie sich auf das im Schreiben vom 13. April gemachte Angebot der Kommission, „jeden praktischen Vorschlag zu prüfen, welcher von der Deutschen Regierung zur Behebung der Schwierigkeiten, in denen sie sich befindet, gemacht wird“.

Da wegen der Konferenz in Genua mehrere Mitglieder der Reichsregierung geraume Zeit von Deutschland ferngehalten worden sind, ist es der Deutschen Regierung zu ihrem Bedauern nicht möglich gewesen, verschiedene der im Brief vom 1. März gestellten Fristen innezuhalten; sie ersucht die Reparationskommission, sich mit einer angemessenen Verlängerung dieser Fristen einverstanden zu erklären.

In Vertretung: gez. Bauer.

Die Note ist durchaus nichtssagend. Die Regierung aber ist selbst schuld, daß die Reparationskommission Anlaß bekam, ihre Notenpolitik wieder in verschärfter Form zu praktizieren. Während sie unentschlossen vor den Sturmläufern der Besitzinteressenten zurückwich, verstrich die Zeit, vermehrte sich die Inflation, sank die Finanzkraft des Steueraufkommens, wurden die Reichsmaßnahmen fast ausschließlich dem Arbeitseinkommen abgezapft. Ein energischer Zugriff auf den Besitz zur rechten Zeit hätte die gesamte Steuerpolitik nicht nur einträglicher, sondern für alle Kreise auch erträglicher gemacht. Letzten Endes wird die Regierung wieder, statt aus eigenem Entschluß, auf Gebot von außen an eine weit stärkere Heranziehung des Besitzes herangehen müssen. Je länger sie damit zögert, desto schlimmer wird die Sache für sie und desto unangenehmer für den Besitz.

Gehaltsregelung im Ruhrbergbau

Essen, 10. Mai

Die heutigen Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den kaufmännischen und technischen Angestelltenverbänden des Ruhrbergbaues führten zu dem Ergebnis, daß vom 20. April 1922 ab die Gehälter auf der ganzen Linie um 21 Prozent erhöht werden. Außerdem wird das Kinder- und das Haushaltsgeld auf je 300 Mark, die Stellenzulage auf 400 Mark erhöht. Die Nachzahlung für April beträgt 11/30 des neuen Monatsgehalts.

Metallarbeiterkämpfe in Oesterreich

Wien, 10. Mai

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt, beschloß die gestrige Vollversammlung der Wiener Metallindustriellen, die Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte der Wiener Metallindustrie mit Wirksamkeit vom 9. August für die Arbeiter und vom 30. Juni für die Angestellten zu kündigen. Die Wiener Metallindustrie umfaßt etwa 45 Prozent der gesamten Wiener Industrie.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
Ärztlich empfohlen Millionenfach bewährt
Je Apotheken u. Drogerien erhältlich.

HERMANN TIETZ

Leipziger Straße / Alexanderplatz

Frisches Fleisch

Schw.-Schinken Pfd.	36.00
Schweineblatt . Pfund	36.00
Schweinekamm mit Beilage .... Pfund	38.00
Kalbsrücken ..... Pfund	22.00
Kalbskeulen ..... Pfund	24.00
Schmorfleisch ohne Knoch. ... Pfund	42.00
Schweinenieren gefr. Pfund	11.00
Hammelfleisch gefr. Pfund	23.00
Rindfleisch oh. Knochen gefr... Pfund	36.00

Seelachs ohne Kopf, im ganzen .... Pfund	7.00
Kabliau ohne Kopf, im ganzen .... Pfund	7.50
Amerik. Schweine-**Schmalz** .. Pfund	44.50
Bratschollen ...... Pfund	4.50
Sprotten .... Pfund	13.50
Talg ausgelassen .... Pfund	35.00

Grosse Kartoffeln . Pfund	2.60	Tafelsalz .... Pfund	65 Pf.	Rotwurst Thüringer Art, Pfd.	32.00
Frisch. Spargel stark, Pfund	15.00	Marmelade gemischt. Zuck. gesüsst.. Pfund	7.50	Landleberwurst .. Pfund	32.00
Rhabarber .... Pfund	1.40	Kokosfett .... Pfund	34.00	Bauernmettwurst grob, Pfd.	38.00
Weizenmehl ...... Pfund	8.75	Kaninchen gefroren, Pfund	11.50	Mettwurst n. Braunschweiger Art ...... Pfund	48.00
Backobst .... Pfund	12.50	Cornedbeef ausgewog. Pfd.	29.50	Blutwurst i. Dss., ausgewog. Pfd.	14.00
Kaffee-Ersatz-Mischung 10 % Bohnen . Pfund	15.00	Landkäse .... Stück	8.80	Leberwurst i. Dss., ausgew. Pfd.	14.00

Familien- und Haus-SEIFEN

Fettseife „Poesie"	1 Stck. 4.75	3 Stck. 13.75
Fettseife „Lotti"	1 Stck. 5.50	3 Stck. 15.50
Lanolinseife echte	1 Stck. 9.00	3 Stck. 25.50
Kernseife garant. rein, Doppelriegel ca. 200 g ..		7.75
Kernseife dieselbe, 10 Doppelriegel ..		75.00
Kernseife garant. rein Doppelriegel ca. 250 g		9.00
Kernseife dieselbe, 10 Doppelriegel ..		93.00
Oberschalseife, gar. rein Stck. ca. 250 g	11.50	10 Stck. 110.00
Mottentafeln ..... Stck.		75 Pf.
Naphthalin in Kugeln u. Schuppen Pfund		9.00

Nur Alexanderplatz *Balkon-Pflanzen*

Petunien-Pflanzen	*80 Pf.*	*Tomaten stark, mit Topfballen*	*1.50*	*Efeu in Töpfen*	*9.00, 15.00*
Petunien-Töpfe sehr stark	*7.50*	*Wilder Wein extra stark*	*12.00*	*Dracaena-Palmen*	*60.00*
Pelargonien..	*12.00, 14.00*			*Rosenstämme*	*25.00*

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: D. Käthchen von Heilbronn

Casino-Theater 7½: Der neue Schlager Der Neffe aus Afrika.

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: Schuster Aiolos

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr Verliebte Leute

Staats-Theater Opernhaus 7½ Uhr: Der flieg. Holländer

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: Brot und Arbeit

Schauspielhaus 7½ Uhr: **Napoleon**

Theater a. Kottbus. Tor Allabendlich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr **Elite-Sänger** u. a. Liederspiel „Fantasie im Ratsweinkeller." Ferner der lust. Einakter: „Der Schipper"

Deutsches Theater 7½ Uhr. Cyrano von Bergerac

Kammerspiele 7½ Uhr Cäsar das will er sich machen

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: **Judith**

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

CIRCUS BUSCH Tgl. 7½, Sonntag a. 3 Uhr Ein Naturwunder! China, d. Kletterband Mexikaner Fanny Wunder-Affen. Die lustige Pferdegeschichte „Ueber'n großen Teich"

Komödienhaus: Tgl. 8 U. „Gretchen" Glässner, Roberts

Berliner Theater 7 ¾ Uhr: Madame Flirt

Sommertheater Schweizergarten am Friedrichshain 29–32 Dir. Wilh. Herrmann Alex. 1219 Alex. 1219

Wallner-Theater 7½ Uhr D. beiden Nachtigallen

Sonntag, d. 14. Mai 1922 Eröffnung der Hauptsaison Täglich Konzert, Theater, Spezialitäten **Eine Nacht im Ballhaus.** Posse u. Schwank in 4 Akten m. Gesang u. Tanz. Balletts: Ballettmeisterin Gabriel. Anfang 5 Uhr. Vorverkauf täglich von 10 Uhr vormittags ab.

ROTTER-BÜHNEN Täglich 7½ Uhr: Residenz-Theater Eine Frau ohne Bedeutung

Trianon-Theater Moral v. Ludw. Thoma

Walhalla-Theater 7½ Uhr Gasthaus zur Liebe

Volks-Reise-Verband

Geschäftsstelle: Neukölln, Münchener Straße 53

Ferien-Fahrten 1922

20.—27. Mai: Odenwald und Neckartal
30. Juli–6. Aug.: Fichtelgebirge
3.—19. Aug.: Schwarzwald u. Bodensee

Weitere Reisen in Vorbereitung. Nur schriftliche Auskunft erteilt die Geschäftsstelle. — Rückporto ist beizufügen.

„Der Reisegenosse" ist erschienen. Einzeln 2.— M. Mitgl. kostfr. Monatsbeitr. 5.—, Einschr. 10.— M.

Wanderkarten

für alle Gegenden erhält man in der Buchhandl. „Freiheit", Breite Str. 8-9

Zahngebisse! Platin-, Gold-, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn, Glühstrumpfasche kauft zu hohen Preisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

Spezialarzt Dr. Jaffé für Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden; Syphilis-Kuren, Blutuntersuch. in der Heil-Anst. „Löser" **Dir. O. Löser** Münzstr. 9, nahe Alex.-Platz, 9–1, 4–8 Stg. 10–12. Dam. sep.

Altmetalle, Kupfer

Messing, Blei, Zink usw. kauft **Metall-Verwertung** Badstr. 34 I. Hof rechts. Händler Extrapreise.

Auf bequeme

Teilzahlung

Für Herren:

Anzüge / Hosen / Schlüpfer

in besten Qualitäten, solideste Ausführung

Für Damen:

Mäntel / Kostüme / Kleider Röcke und Jumper

Grebler Weinbergsweg 4 a. Rosenthaler Platz

Wochentags von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.

Aerztl. geleitete, modern eingericht. Heilanstalt f. ambulator. Behandlung

Modernes, erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- und Lichtheilmethode, die

wissenschaftlich anerkannte und glänzend bewährte Künstliche Höhensonnen-Behandlung

Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuter-Kuren und Bäder, Sauerstoffkuren, homöopathische und mechano-therapeutische Behandlung. — Nachweisbar gute und dauernde Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren und äußeren, speziell chronischen, z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervöser Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden; Lähmungen, sowie Kinderlähmung, Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit usw. — Freiwillige, briefliche und mündliche Anerkennungen früher behandelter und geheilter Patienten, die angaben, vor der Behandlung in unserer Anstalt anderweitig ohne Erfolg behandelt worden zu sein: 1. Frau M. Richter, Berlin-Moabit, Waldstr. 30. Lungenleiden, Blutarmut, Nervenschwäche geheilt. — 2. Herr Georg Heinrich, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 2011. Lungenleiden geheilt. — 3. Frau Blöhorn, Köpenick, Aug.-Viktoria-Str. 36. Herz-, Leber- und Nierenleiden wiederholt gebessert. — 4. Herr R. Endle, Restaur., Charlottenburg Huttenstr. 12. Chronischer Mittelohrkatarrh geheilt. — 5. Frau Grünberg, Weißensee, Linden-Allee 8. Von schwerem Asthma befreit. — 6. Frau M. Jaffe, Berlin, Rosenthalerstr. 40 L. Rheumatismus und steife Schulter geheilt. — 7. Herr E. Eberhardt, Gr. Lichterfelde, Ringstr. 32a. Chronisches Hüftgelenkleiden wiederholt erfolgreich behandelt. — 8. Frau E. Hoderff, Berlin, Kolberger Str. 28-29. Nerven- und Knochenhautentzündung — vollständig gelähmt — geheilt. — 9. Herr A. Raabe, Berlin, Prinzenallee 72-73. Von Kopf- und Kreuzschmerzen, trockener Brustfellentzündung nach Influenza geheilt. — 10. Frau E. Hegemann, Schöneberg, Neue Winterfeldtstr. 61. Eiternde Fistel nach Blinddarmoperation geheilt. — 11. Herr G. Ritter, Friedenau, Spandauerstr. 58. Von Ausgelenkleiden geheilt. — 12. Frau A. Rohrmoser, Berlin, Breslauer Str. 1. Altes fünfzehnjähriges Herzleiden geheilt. — 13. Herr M. Ruhner, Reinickendorf-West, Antonienstr. 8. Kieferneureiterung geheilt. 14. Frau H. Hagel, Sachsenhausen b. Oranienburg i. M. Unterl.-Blutungen und Nervenleiden geheilt. — 15. Frau Ww. Fröschler, Berlin, Marienburger Str. 48. Darmgeschwulst geheilt. — 16. Frau des Herrn Inspektors C. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde, Magerviehhof. Von Geb.-Knickung geheilt. — 17. Herr Erich Bock, Berlin, Havelberger Straße 15. Von Nieren- und Blasenleiden, Wassersucht, allgemeiner großer Schwäche geheilt. — 18. Frau Restaurat. Hering, Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Basedowscher Krankheit geheilt. — 19. Herr W. Beske, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 14. Schweres Rückenmarkleiden mit Lähmung der Beine vollständig geheilt. — 20. Frau E. Popp, Bln.-Lichtenberg, Gärtnerstr. 10. Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche und Verstopfung geheilt. — 21. Herr A. Schlabin, Berlin, Caprivistr. 24. Von Gesichtslupus geheilt; vorher mit Radium erfolglos behandelt. — 22. Herr A. Ortwig, Bln.-Oberschöneweide, Ernststr. 25. Von Magengeschwulst, Verstopfung und Nervenschwäche geheilt. — 23. Herr Milchhändler Eckert, Berlin, Greifenhagener Str. 36. Von gichtisch-rheumatischen Schmerzen in Bein und Fußgelenk geheilt. — 24. Herr Gastwirt C. Michaelis, Charlottenburg, Wallstr. 87. Von chronischem Leberleiden und Gelbsucht geheilt. — 25. Frau M. Knorr, Berlin-Lichtenberg, Scharnweberstr. 62. Von Herzschwäche, Lebervergrößerung und Magenkrebs geheilt. — Sohn des Weichenstellers Herrn Wilhelm Haffner, Berlin-Westend, Beamtenhaus. Von schwerem Beinleiden geheilt. Bein sollte abgenommen werden.

Briefliche Original-Anerkennungen von uns geheilter Patienten stehen im Wartezimmer der Anstalt auf Wunsch zur Einsicht. Sprech- und Behandlungszeit: 9–1, 4–7½, Sonn- und Feiertags 9–1.

Sprech- u. Behandlungsz. 9–1, 4–7½, Sonn- u. Feiert. 9–1

Heilanstaltsbesitzer

Prof. Dr. med. und Dr. der Mechanotherapie

Paul Mistelsky, Arzt

im Auslande approbiert, von der deutschen Regierung anerkannt

Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b am Bahnhof Jannowitzbrücke

Keine briefliche Behandlung, nur nach genauer Untersuchung in der Heilanstalt

30jährige Praxis

Werbt für unser Blatt!

Metzner

Kinderwagen - Welthaus

Metall-Bettstellen, Kinder- und Korbmöbel, Korbwaren, Ruhestühle, Puppenwagen. Alle Kinder - Fahrzeuge usw. Grösste Auswahl Berlins.

Andreasstr. 23 Andreasplatz
Brunnenstr. 95. Beusselstr. 67
Leipziger Str. 54, Neukölln, Bergstrasse 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Konkurrenzlose Preise!

Fahrradreif., Fahrradschläuche prima Gummi.

Alle Ersatzteile für Fahrräder am Lager.

Jean Weber, Elsasser Str 89.

Ueberall in **Zigarrengeschäften** erhältlich ist der **echte Kapitän-Kautabak.** nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist). Verkauf nur durch Carl Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3851)

Briefwechsel zwisch. Schiller u. Lotte — Schiller und Goethe

352 Seiten stark und gut gebunden je 8.– Mk. Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8–9

Tüchtige branchekundige

Verkäuferinnen

für

Seidenband

sofort gesucht

Meldungen: 1—2 Uhr mittags 5—6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.

Kottbuser Damm 1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836

Achtung! Silberschmiede Achtung!

Donnerstag, den 11. Mai 1922, abends 4½ Uhr,

Branchen-Versammlung

aller in den Silberwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung:

1. Wie stellen sich unsere Kollegen und Kolleginnen zu dem neuen Angebot der Arbeitgeber.
2. Diskussion.

Es ist unbedingt notwendig, daß alle Beschäftigten bestimmt und pünktlich erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Filiale Berlin

Bureau: Michaelkirchstraße 23, part. Telephon: Amt Moritzplatz 6787. Arbeitsnachw.: Friedrichstr. 110-112, Tel.: Nd. 2186-93, 2195 u. 2199

Freitag, den 12. Mai 1922, abends 7 Uhr, i. Gewerkschaftshaus (Saal 4), Engelufer 25

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht von den Lohnverhandlungen.
2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. — Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen erwartet vollzähliges und pünktliches Erscheinen

Die Ortsverwaltung.

Am 8. Mai verschied mein Mann, unser treusorgender Vater

Heinrich Bräuer

Dies zeigt an im Namen der Hinterbliebenen

Frau Bräuer nebst Kindern und Enkelkindern.

Die Einäscherung erfolgt am 13. Mai mittags 11 Uhr im Krematorium Gerichtstrasse.

Rauchtabak Pfund 18 Mark

Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Krauser 22 M.
Portoriko . . . 23 M.
Gold chag. . . 27 M.

Rund Gr. Hamburger Straße 1.

Altmetalle

Eisen, Kupfer, Zink, Blei usw., sow. Zeitungspapier und Flaschen kauft zu höchsten Tagespreisen Metallverwertung Gellermannstrasse 85.

Altmetalle

zahlt hohe Preise, Oberberger Str. 1. Reinickendorfer Str. 107

Frauenhaare angek. kauft z. höchst. Preis Sauer, Kaiser-Wilhelm-Str. 38

Für Mieter unentbehrlich

Reichsmietengesetz

nebst

Kommentar

Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim und Dr. Paul Hertz, Mitgl. des Reichstages

Preis 10 Mark

Soeben erschienen! Man bestelle sofort bei der

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C. 2 Breite Straße 8-9.

Achtung! Noch sehr preiswert **Achtung!**

Oberhemden, Leinenwäsche, Sportwäsche, Einsetz- und Normalhemden

Strumpf- u. Wollwaren, moderne Krawatten

Spez.: **Dauerwäsche**

J. Altberg Neukölln, Bergstr. 155 Fil.: Berlin, Oranienstr. 199

Groeners Prügelknaben

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Das verfassungsmäßig eingerichtete Mausoleum, genannt Reichsrat, hat in seiner Vollsitzung am 11. April d. Js. eine mit Gesetzeskraft versehene Verordnung über Beiräte für die deutsche Reichsbahn herausgegeben, die an Rückständigkeit alles überbietet, was man bisher schon in dieser kaiserlich-deutschen Republik für möglich gehalten hat. Sie zeigt „Groeners Geist“ in vollstem Lichte.

Auf Grund des § 93 der Reichsverfassung hat man ein System der Beiräte für die Reichsbahn geschaffen, das zur beratenden Mitwirkung in Angelegenheiten des Eisenbahnverkehrs und der Tarife gutachtlich gehört werden soll. Nicht etwa, daß diese Beiräte irgend welchen bestimmenden Einfluß haben. Sie werden nach allem, was man bisher von unserer Bürokratie erlebt hat, lediglich dazu dienen, ihr Sprüchlein herzusagen und im übrigen die Prügelknaben für die „Kalktürme“ im Reichsverkehrsministerium abgeben müssen. Nach dem Abs. 3 der Verordnung haben nämlich die Beiräte lediglich das Recht, Gutachten abzugeben. Sie sind bei wichtigen Aenderungen der Tarife und der Vorschriften auf den Gebieten des Abfertigungs- und des Wagendienstes sowie der Fahrpläne . . . usw. zu hören. Was wichtige Abänderungen usw. sind, ist nicht danebengeschrieben. Was unsere Geheimräte darauf später machen werden, dürfte für keinen Einsichtigen auch nur einen Augenblick zweifelhaft sein. Höchst generös erlaubt man dem Landeseisenbahnrat, in solchen Fällen auch von sich aus Anträge und Anfragen an die Reichsbahnverwaltung richten zu können. Falls wegen besonderer Dringlichkeit die vorherige Anhörung des Eisenbahnrats nicht möglich ist, so muß ihm von den getroffenen Maßregeln bei dem nächsten Zusammentritt Kenntnis gegeben werden. Die Auguren sehen sich an und lächeln!

Für das Gebiet der Reichsbahn ist nach der Verordnung ein Reichseisenbahnrat zu wählen, der aus 13 Landeseisenbahnräten besteht. Die Zusammensetzung der letzteren ist außerordentlich interessant. Zunächst einmal ernennt die Regierung von sich aus eine Zahl von Mitgliedern hierzu. Dazu treten hervorragende Mitglieder der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, der landwirtschaftlichen Kreisausschüsse, der Kreisvereine usw. Als Anhängsel gibt man dann noch den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer das Recht, auch ihrerseits einzelne Kulissenfiguren in diesen Ausschuß hineinzudelegieren. Wer zweifelt daran, daß unter den Vertretern des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft nur Vertreter der verbrauchenden Kreise sitzen, derjenigen Bevölkerungsschicht, die letzten Endes mit ihrem Geldbeutel für alles aufzukommen hat, was diese hohe und illustre Gesellschaft gutachtlich erörtern wird? Noch viel interessanter ist, daß die Zahl der von der Regierung ernannten Mitglieder diejenige der von den Gewerkschaften entsandten vollkommen kompensiert. Daß die Regierung den Zweck verfolgt hat, die Gewerkschaften lediglich als Kulissen hinzusetzen, geht klipp und klar daraus hervor, daß in allen 13 Landeseisenbahnräten die Zahl der von der Regierung ernannten Mitglieder genau die gleiche ist wie diejenige der von den Gewerkschaften entsandten. Den Ausschlag geben also in jedem Falle die Delegierten der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Das Ergebnis auf den Geldbeutel der arbeitenden Kreise dürfte demnach nicht allzu schwer zu erraten sein.

Da alle Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt werden und knapp ½ Mitglieder der Eisenbahnräte Gewerkschaftsabgeordnete sind, ist ohne weiteres festzustellen, daß es kaum jemals glücken wird, irgendeinen von den Gewerkschaften gestellten Antrag durchzubringen. Um aber hinter die von der Regierung beabsichtigten Schliche zu kommen, muß man sich vergegenwärtigen, welche Organisationen als zentrale Gewerkschaften nun in diese Räte hineinkommen. Es ist dabei interessant, daß nach der Verordnung der Herr Reichsverkehrsminister nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats bestimmt, welche „Verbände“ hierbei zu berücksichtigen sind. Wer zweifelt daran, daß der jetzige Herr Reichsverkehrsminister Groener nicht farbenblind ist? Er wird z. B. — wie man es von ihm gewöhnt ist — die Gewerkschaften, die diesen Namen verdienen, versuchen in die Ecke zu drücken und sich dafür der gelben Verbände und Organisationen bedienen, um noch mehr als bisher dem Getriebe seinen diktatorischen Willen aufzuzwingen.

Die ganze Verordnung über die Einführung der Landes- und Reichseisenbahnräte atmet vollkommen obrigkeitlichen Geist. Die Gewerkschaftsvertreter, die als Staffage für alle beabsichtigten Regierungsmaßnahmen dienen sollen, sind schon heute zu bedauern. Man kann ja späterhin mit Recht überall sagen, daß die Verwaltung nach Anhörung der Eisenbahnräte die betr. Verordnungen, über deren Richtung man sich wohl schon heute nicht mehr im Zweifel befindet, erlassen hat. Der Zweck der ganzen Verordnung ist der, die Macht der Gewerkschaften und deren Einfluß, den sie bis heute auf die Verwaltung gehabt haben, zu brechen. Notwendig erscheint, daß sich der Reichstag mit dieser Verordnung eingehend befaßt; denn auch er wird letzten Endes oftmals die Ausrede hören müssen, daß die und Verfügung oder Tarifänderung nach Anhörung der Eisenbahnräte erlassen worden sei. Man soll doch endlich einmal mit dieser hinterhältigen Spielerei aufhören und diejenigen Bevölkerungsschichten mehr als bisher an der Gestaltung der sich auf den Geldbeutel auswirkenden Dinge mitsprechen lassen, auf deren Rücken diese Kämpfe schon immer ausgetragen worden sind.

Brüder in Not!

J. B. Wir haben bereits berichtet, daß das Unternehmertum der Tschechoslowakei ebenso wie jenes in allen übrigen Ländern die Lösung der durch die valutarischen Verhältnisse verschuldeten Wirtschaftskrise im Abbau der Löhne sucht. Nachdem bereits in allen großen Industrien riesige Wirtschaftskämpfe ausgefochten wurden, sind nun auch die Metallindustriellen dem üblen Beispiel ihrer Brüder von der Glasindustrie, vom Bergbau, von der Chemischen Industrie usw. gefolgt und forderten nach Kündigung der Lohnverträge von den Arbeitern einen Lohnabbau von teilweise bis zu 40 Prozent. Diese Herabsetzung der Löhne wäre an die Existenzgrundlagen der Arbeiter gegangen, weswegen sie sich begreiflicherweise zur Wehr setzten. Nach langen und mühevollen Verhandlungen schlugen die Vertreter der Arbeiterschaft in Uebereinstimmung mit dem Vertrauensmännerkollegium einen Abbau von 5 Prozent, später sogar von 10 Prozent vor, um in dieser ungünstigen wirtschaftlichen Situation dem offenen Kampfe vorzubeugen.

Die Unternehmer reduzierten ihre Forderungen schließlich nach langem Feilschen ebenfalls, erklärten aber einen Abbau von 20 Prozent, der in zwei Etappen durchgeführt werden sollte (10 Prozent sofort, 10 Prozent nach vier Wochen), für unerläßlich. Die Regierung legte sich im letzten Stadium der Verhandlungen selbst ins Zeug und machte einen Vermittlungsvorschlag auf 10 Prozent sofort und 5 Prozent ab 1. Juli. Die Organisationsleitungen stellten diesen Vermittlungsvorschlag zur Urabstimmung, wobei zur Auslösung des Kampfes eine qualifizierte Mehrheit von 70 Prozent verlangt wurde. Die Abstimmung ergab 70,55 Prozent der Abstimmenden für den Kampf, 25,61 Prozent dagegen, 3,84 Prozent der Abstimmenden enthielten sich der Stimme. In den großen Skodawerken in Pilsen stimmten 5207 Arbeiter für den Kampf, 4403 dagegen, 662 Zettel waren leer.

Allgemein wurde erwartet, daß die Unternehmer nach dieser Dokumentierung des Kampfwillens der Arbeiter, der sicher nicht aus Uebermut, sondern nur aus nacktester Not heraus diktiert war, doch noch im letzten Moment zu einer besseren Einsicht kommen würden. Das war nicht der Fall. Am 3. Mai hängten sie überall Anschläge heraus, in denen als erste Etappe eine sofortige Reduktion aller Löhne, Zulagen, Akkordsätze usw. um 10 Prozent ausgesprochen wurde, womit offensichtlich ausgedrückt werden sollte, daß die Unternehmer zur Durchführung des Regierungsvorschlages schreiten. Nun mußten die Dinge ihren Lauf gehen: die Arbeiterschaft erkundigte sich in den einzelnen Betrieben, ob die Unternehmer auf der Durchführung ihres Vorschlages bestünden. Die Antwort lautete begreiflicherweise überall bejahend, worauf die Arbeiter am 4. Mai mittags die Arbeit einstellten. Am 5. Mai wiederholte sich dieses Vorgehen auch bei den Skodawerken, worauf ebenfalls die Arbeit eingestellt wurde. Seit dem 5. Mai befinden sich somit über 30000 Metallarbeiter in den größten metallindustriellen Betrieben Mittelböhmens im Abwehrkampfe. Nur die Arbeiterschaft der Prager Eisenindustriegesellschaft wurde infolge der völlig trostlosen Produktionsverhältnisse, die bei dieser Firma herrschen, über Beschluß der Vertrauensleute aus dem Kampfe ausgeschaltet.

Am Ausgang des Kampfes hängt nicht nur das Schicksal der beteiligten 30 000 Arbeiter sondern jenes von mindestens weiteren 50 000. In Mähren, in Nordböhmen und in der Slowakei sind die meisten Lohnverträge in der Metallindustrie gekündigt. Die Verhandlungen gestalten sich überall sehr schleppend, und man wird jetzt jedenfalls den Ausgang des mittelböhmischen Kampfes abwarten, um sich dann darnach einzurichten.

Uebrigens ist der Lohnabbau nicht das einzige Ziel der wirtschaftlichen Reaktion. In letzter Zeit hat sie sich besonders den Achtstundentag zum Ziel ihrer Bemühungen auserkoren, und es vergeht nahezu kein Tag, an dem nicht irgendwie, sei es in der Presse, sei es in Konferenzen, in Vorsprachen bei den maßgebenden Behörden auf die Schädlichkeit des Achtstundentages verwiesen würde. Es ist hier nicht ohne Interesse festzustellen, daß dieser Angriff gegen den Achtstundentag von zwei einander nicht allzu freundschaftlich gegenüberstehenden Wirtschaftsgruppen gemeinsam geführt wird, nämlich von den Industriellen und von den Agrariern.

Diese Herrschaften sind auch ansonsten immer zu haben, wenn es um die Bekämpfung eines sozialen Fortschrittes geht. So wird bereits seit Jahr und Tag über die gesetzliche Regelung der Arbeiterurlaube verhandelt. Nach langem Drängen der Arbeiterschaft hatte die Regierung im Januar d. J. einen Entwurf ausgearbeitet, der mancherlei Mängel aufwies. Die Unternehmer- und Arbeitergruppen, die ihn zur Begutachtung vorgelegt erhielten, hatten allerlei daran auszusetzen, worauf ein neuer Entwurf verfaßt wurde, der nunmehr vorliegt und noch in dieser Session verhandelt werden soll. Das vorgesehene Urlaubsausmaß ist nicht gerade das zufriedenstellendste. So soll jeder Arbeiter nach vollendeter ein- bis zu zehnjähriger Tätigkeit im Betriebe, nur die Heimarbeiter sind ausgeschlossen, einen sechstägigen, nach mehr als zehnjähriger Dienstzeit einen zwölftägigen Urlaub erhalten. Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren sollen 10 Tage bekommen. Diese ungenügenden Bestimmungen werden indessen teilweise gutgemacht dadurch, daß die Dienstzeit bei allen Unternehmern ineinander gerechnet werden soll. Praktisch käme das darauf heraus, daß so ziemlich jeder Arbeiter im Alter von etwa 28—30 Jahren einen jährlichen Urlaub von 12 Tage hätte. Arbeitslosigkeit von unter einem Monat soll überhaupt in die urlaubsberechtigte Zeit eingerechnet werden, längere Arbeitslosigkeit stundet. Kündigt der Arbeiter unmittelbar vor Antritt des Urlaubes oder wird er gekündigt, so gebührt ihm der entsprechende Teil des ihm zustehenden Urlaubes. Das ist ebenfalls ein wesentlicher Fortschritt, weil es in den meisten Fällen vertraglich nur möglich war, eine Entschädigung in solchen Fällen zu erhalten, wenn der Arbeiter gekündigt wurde, nicht aber, wenn er selbst kündigte.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1912 by Ullstein & Co., Berlin

(68. Fortsetzung.)

Da sag' ich wieder zu ihm: ‚'s ist schon dagewesen, daß ein Kuhhirt klüger war als ein General' — ich hab' damals eben alles gewagt, weil mir doch Sibirien bevorstand! ‚Na, meinetwegen,' sagte er, ‚versuch's, aber wenn die Sache schief geht, zerbrech' ich dir alle Knochen im Leibe!' Was soll ich sagen? In zwei Tagen hatte ich die Sache in Ordnung gebracht. Der Polizeimeister ist ganz verwundert darüber und schreit mich an: ‚Mensch, du bist ja ein Rindvieh, ein Kamel! Du könntest der erste Meister sein — und gehst Pferde stehlen!' ‚Das hab' ich nur aus Dummheit getan, Euer Wohlgeboren', sag' ich, und er erwidert darauf: ‚Ja, das muß wohl sein, ich will Mitleid mit dir haben.' Verstehst du wohl? Mitleid, ein Polizeimensch, der von Amts wegen grausam sein soll, hat Mitleid mit mir gehabt...“

„Nun, und was weiter?“ fragte ich.

„Nichts weiter. Mitleid hat er mit mir gehabt — was soll da sonst noch sein?“

„Du bist doch wie ein Stein — was machst du dir da aus seinem Mitleid?“

„Bist ein Sonderling,“ sagte Jakow gutmütig lachend. „Wie ein Stein, sagst du? Auch mit 'nem Stein soll man Mitleid haben, auch der tut an seinem Orte guten Dienst, man kann doch mit ihm die Straßen pflastern. Jedes Material soll man schonen, nichts ist ohne Zweck auf der Welt. Der Sand zum Beispiel — was ist Sand? Und doch wachsen auf ihm noch Hälmchen...“

Wenn ich den Heizer so reden höre, bin ich mehr als je davon überzeugt, daß er irgendein geheimes Wissen besitzt, das mir noch verborgen ist.

„Wie denkst du über den Koch?“ frage ich Jakow.

„Wie soll ich über ihn denken? Da gibts nichts zu denken,“ sagt Jakow gleichgültig.

Die Antwort trifft zu: Iwan Iwanowitsch ist in allem so streng normal und glatt, daß das Denken nicht an ihm haften bleibt. Der einzige interessante Zug an ihm ist seine Schwäche für den Heizer, den er in einem fort beschimpft und doch immer wieder zum Tee einlädt.

„Wenn's noch Leibeigene gäbe,“ sagte er eines Tages zu ihm, „und ich dein Herr wäre, ließe ich dich Faulpelz siebenmal in der Woche mit Ruten schlagen!“

„Siebenmal?“ erwiderte Jakow ernsthaft — „das wäre ein bißchen viel!“

Scheltend und schimpfend steckt der Koch ihm alle möglichen guten Bissen in den Mund:

„Da, friß!“

Jakow verputzt alles gemächlich und meint:

„Muß ich aber kräftig werden von deinen feinen Brocken, Iwan Iwanowitsch!“

„Und dabei verbrauchst du gar keine Kraft, alter Faulpelz!“

„Dafür werde ich aber lange leben!“

„Möcht' wissen, wozu du leben solltest, du Waldteufel!“

„Auch ein Waldteufel will leben. Ist das Leben nicht 'ne lustige Sache? Ein Vergnügen ist's, zu leben, Iwan Iwanowitsch!“

Dabei war sein Leben durchaus nicht leicht, wie ich mich selbst häufig überzeugen konnte, wenn ich ihm des Nachts im Feuerraum Gesellschaft leistete. Die übrigen Heizer standen mit ihm auf gutem Fuße, sie lachten ihn höchstens wegen seiner Schwatzhaftigkeit und seiner Leidenschaft für das Kartenspiel aus. Ich fragte sie einmal:

„Ist Jakow eigentlich ein guter Mensch?“

„Jakow? Ganz gewiß! Er nimmt nichts übel, glühende Kohlen kannst du ihm in den Hemdlatz stecken!“

Auffallend war sein geringes Bedürfnis nach Schlaf. Ohne sich umzuziehen, kam er oft so, wie er ging und stand, von der Arbeit aufs Verdeck und schwatzte bis tief in die Nacht hinein mit den Passagieren oder spielte Karten. Ich blickte auf ihn wie auf einen verschlossenen Schrein, der irgend etwas für mich sehr Wertvolles barg, zu dem ich indes vergeblich den Schlüssel suchte. Wenn ich so fragend in ihn drang, um hinter sein Geheimnis zu kommen, wich er mir aus und begann irgendeine Geschichte zu erzählen, die ihm da oder dort begegnet war.

„Lebte da irgendwo in einer Kreisstadt ein junger Richter,“ erzählte er, „ein schwindsüchtiges Männchen, der hatte eine Deutsche zur Frau, eine gesunde, kinderlose Person. Sie verliebte sich in einen Kurzwarenhändler, der selbst eine hübsche Frau und drei Kinderchen hatte. Wie der merkte, daß die Deutsche hinter ihm her war, beschloß er, ihr einen Streich zu spielen, und lud sie für die Nacht in seinen Garten ein, in dem er zwei seiner Freunde versteckt hatte. Meine Deutsche kommt: ‚Hier bin ich, mein Teurer' und so weiter, er aber sagt: ‚Ich kann dir leider nicht dienen, meine Liebe, weil ich nämlich verheiratet bin, aber ich habe dir zwei Freunde als Ersatz gebracht, der eine ein Witwer, der andere ein Junggeselle...' Wie meine Deutsche ihn so reden hört — schwapp, hat er eine im Gesicht sitzen, daß er über die Bank auf die Erde purzelt, wo sie ihm dann, hast du nicht gesehen, mit dem Stiefelabsatz ordentlich das Gesicht bearbeitet hat. Ich stand bei dem Richter als Hauswart in Dienst und hatte sie bis an den Gartenzaun begleitet. Wie ich nun durch die Zaunlücke spähe, sehe ich, daß die Suppe ins Kochen kommt — sehe die beiden Freunde des Kaufmanns, wie sie die Frau bei den Zöpfen kriegen. Da spring' ich natürlich übern Zaun und stoße die beiden zurück: ‚Halt, meine Herren Kaufleute, das geht nicht so! Die Dame kommt zu ihm mit liebendem Herzen, und nicht zu schlechten Scherzen...' Und ich führte sie fort, während die Kaufleute mich mit Ziegelstücken bewarfen. Nun wurde sie ganz traurig, ging wie nicht bei Sinnen im Hofe herum und sagte zu mir: ‚Wenn mein Mann stirbt, zieh' ich von hier fort, Jakow — zu meinen Leuten zieh' ich, zu den Deutschen!' Ich sage: ‚Gewiß, das wird wohl das beste sein' — na, und so ist sie denn nach seinem Tode fortgezogen. Eine freundliche Frau war's, sehr verständig... und auch der Richter war ein sehr freundlicher Mann, Gott hab' ihn selig!“

Ich wußte nicht, was ich aus dieser Geschichte machen sollte, und schwieg daher. Irgend etwas Bekanntes klang mir daraus entgegen, etwas Plumpes, Herzloses, doch fand ich mich nicht darin zurecht.

(Fortsetzung folgt.)

Groß-Berlin

Ein republikanisches Zeitbild

Schlendert da gestern ein Reichswehroffizier durch die Königstraße. Um der Wucht seiner erhabenen Persönlichkeit mehr Nachdruck zu verleihen, trug er seinen Säbel nicht kurz, sondern ließ ihn an einem langen Riemen schleppen. Das ist feudal und macht ein so schönes Geräusch, gerade als ob Kinder eine leere Konservenbüchse an einer Strippe hinter sich herziehen. Ein gewöhnlicher Sterblicher, in der Kommißsprache ein Zivilschwein, der hatte es scheinbar sehr eilig, vielleicht winkte ein Geschäft — sah vor lauter Eile nicht den Schleppzug und stolperte über den Bratspieß. In ruhigem Tone ersuchte der Bürger den Offizier, in Straßen mit starkem Verkehr seinen Säbel doch kurz zu tragen. Schnarrend schnauzt S. M. der Offizier den Zivilisten nun an: „Gehen Sie weiter, denn Sie sind ja ein Jude!" Der Zivilist verbat sich diesen Kommißton und Beleidigungen und ersuchte schließlich den Schupobeamten am Rathaus um Feststellung des Offiziers, da er durch ihn beleidigt worden sei. Der Beamte lehnte die Feststellung ab, denn er könne den „Herrn Oberst" doch nicht feststellen. Ob der Beamte es abgelehnt haben würde, einen Proleten, der den „Herrn Oberst" beleidigt hätte, festzustellen, ist sicherlich keine Preisfrage. Auf der Wache Dircksenstraße wurde der Offizier schließlich als ein Oberst Freiherr v. Botzheim, wohnhaft Hohenzollerndamm 55, festgestellt. Festgestellt wurde aber auch durch den Schupobeamten, daß der Zivilist einen „Auflauf" verursacht habe!

Ueber das kecke Auftreten des Herrn Oberst, der Bürger beschimpft, braucht man sich nicht zu wundern. Denn diese Sippe fühlt sich wieder obenauf. Aber auch über den Schupobeamten braucht man sich nicht zu wundern, denn, wenn wir richtig orientiert sind, gehört er zur Polizeigruppe Tiergarten, derselben Gruppe, die mit aufgepflanztem Seitengewehr gegen demonstrierende Arbeiter vorging, derselben Gruppe, deren Mannschaftszimmer mit schwarz-weiß-roten Fähnchen und Bildern der ausgerückten Hohenzollern geschmückt sind und einem Haussegen mit der Aufschrift: „Achtung! Sipo kommt, Maul halten!"

Psychologen behaupten, daß sich freche Anmaßung und Ueberheblichkeit mit hündischer Unterwürfigkeit und Brutalität paaren.

Wieder einer!

Wilhelm Freithaler, einer jener zähen und treuen Genossen, wie sie früher im alten 6. Berliner Wahlkreis zu finden waren, ist Dienstag im Virchow-Krankenhaus gestorben. Freithaler, aus dem Schwarzwald gebürtig, war von Beruf Dreher und betätigte sich schon in jungen Jahren in seiner Gewerkschaft, dem Metallarbeiterverbande, mit regem Eifer. Manche Kämpfe hat er hier auskämpfen helfen. Innerhalb der Organisation verstand er es mit Takt und Geschick, Streitigkeiten unter seinen Kollegen aus der Welt zu schaffen. Lange Jahre bekleidete er einen Posten als Kassenrevisor.

In der Partei fand Freithaler im Wahlverein des 6. Wahlkreises ein großes Betätigungsfeld. Jahrelang stand er an der Spitze unserer Parteiorganisation dieses Riesenkreises und leitete mit Festigkeit und Entschlossenheit die Organisation nicht nur durch alle Fährnisse hindurch, sondern gab ihr auch Inhalt. Mit seiner ganzen Ueberzeugungskraft wahrte er die revolutionäre Taktik als alte überkommene Tradition des Kreises. Auf zahlreichen Parteitagen vertrat Freithaler die Genossen, die ihn entsandten. Nie hat er geschwankt, und als im Oktober 1916 sechs Redakteure aus der „Vorwärts"-Redaktion hinausflogen, weil sie die Kriegspolitik des Parteivorstandes bekämpften, folgte Freithaler bald hinterher, weil er als damaliger Redaktionssekretär des „Vorwärts" die Richard Fischersche Politik nicht mitmachte.

Freithaler trat dann wenig öffentlich in die Erscheinung, zumal ein inzwischen eingetretener Schlaganfall ihm viel zu schaffen machte. Bei Gründung der „Freiheit" wirkte Freithaler sofort mit und bekleidete einige Jahre die Kassiererstelle, bis ihn ein erneuter Schlaganfall zu Boden warf und ihn arbeitsunfähig machte. Wenn Freithaler auch in letzter Zeit nicht so für die Partei hat arbeiten können wie früher, so wird die Partei seine aufopfernde Tätigkeit und seine Treue, die er der Partei stets gehalten hat, nicht vergessen.

Alle Genossen, die Freithaler kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Elternbeiratswahlen

Wir verweisen auf die Notwendigkeit, das folgende zu beachten:

1. Von besonderer Wichtigkeit sind die zweiten Elternversammlungen jetzt, da in diesen der Wahlvorstand gewählt wird!
2. Die Kandidaten-Listen sollen mindestens 20 Unterschriften tragen; es empfiehlt sich aber, mehr als 20 Unterschriften zu sammeln (möglichst viel), für den Fall, daß die eine oder die andere Unterschrift beanstandet wird.
3. Elternbeiräten und Kandidaten stehen die Schulräume zur freien Benutzung zur Verfügung, nur nicht für öffentliche Versammlungen. Indessen können alle Besprechungen, die für die Elternbeiratswahl nötig sind, kostenlos in den Schulen abgehalten werden. Auch als Wahlbureaus können Schulräume von den Parteien ohne Entgelt beansprucht werden.

Die städtische Volksspeisung

Der Beschluß des Magistrats, die Volksspeisung beizubehalten, gibt Veranlassung, weitere Bevölkerungskreise erneut auf diese städtische Einrichtung hinzuweisen. Die Zubereitung der Speisen erfolgt in der städtischen Zentralküche in der Treskowstraße. Von hier aus werden die Speisen in wärmehaltigen Gefäßen nach den unten bezeichneten Ausgabestellen transportiert. Die Speisen sind schmackhaft und kräftig; die Ausgabe erfolgt an Wochentagen von 11½ bis 1½ Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 11½ bis 1 Uhr. Die Speisen können in den Ausgabestellen, die entsprechend eingerichtet sind, verzehrt werden, können aber auch in mitgebrachten Gefäßen nach Hause abgeholt werden. Der Preis beträgt gegenwärtig für eine ganze Portion (1 Liter) 5,— Mark, für eine halbe Portion (½ Liter) 2,50 Mark, bei der heutigen teuren Zeit gewiß ein äußerst billiger Preis. Minderbemittelte erhalten auf Antrag bei den zuständigen Armenkommissionsvorstehern Ausweiskarten, auf Grund deren sie nur die halben Preise zu bezahlen brauchen. Die Ausgabestellen befinden sich: Im Norden: Treskowstr. 11 (frühere Markthalle), Schwedter Str. 232 (Turnhalle der 89./96. Gemeindeschule), Graunstr. 11 (Turnhalle der 190./198. Gemeindeschule), Müllerstr. 158/159 (Turnhalle der 183./196. Gemeindeschule). Im Nordosten: Höchststr. 34/35 (Turnhalle der 134 Gemeindeschule), Landsberger Allee 59 (auf dem städtischen Schlachthofe). Im Osten: Langestr. 76 (Turnhalle der 34. Gemeindeschule), Memeler Str. 24/25 (Turnhalle der 256./287. Gemeindeschule). Im Südosten: Schmidtstr. 38 (Turnhalle der 62. Gemeindeschule), Waldemarstr. 77 (Turnhalle der 20. Gemeindeschule). Im Südwesten: Beuthstr. 16, 1 Treppe, Alte Jakobstr. 127 (Turnhalle der 4./5. Gemeindeschule), Mittenwalder Str. 34/36 (Turnhalle des Friedrich-Realgymnasiums). Im Westen: Steinmetzstr. 70 (Turnhalle der 99. Gemeindeschule). Im Nordwesten: Bremer Str. 13/17 (Turnhalle der 172./185. Gemeindeschule), Alt Moabit 23 (Turnhalle der 31. Gemeindeschule). Im Zentrum: Dircksenstraße, Stadtbahnbogen 100.

Stadtverordneten-Fraktion. Die Fraktionsmitglieder werden dringend ersucht, heute nachmittag 5 Uhr pünktlich anwesend zu sein.

Der Fraktionsvorstand.

USPD.

Funktionär-Konferenz

Heute, abends 7 Uhr, findet in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11, eine Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre statt.

Tagesordnung:

1. Genua und die internationale Arbeiterklasse. Referent: Genosse Crispien.
2. Presse und Klassenkampf. Referent: Genosse Dittmann.

Als Legitimation gelten Mitgliedsbuch und Funktionärkarten (lila und rot).

Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.

Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8—9. Der Kursus des Genossen Stein „Die soziologischen und ökonomischen Grundlagen des Marxismus" kann heute nicht stattfinden. Er beginnt ausnahmsweise am **Sonnabend**, den 13. Mai; die folgenden Kursusabende finden wie vorher regelmäßig Donnerstags statt. Der Hörerbeitrag beträgt 7,50 M. Anmeldungen im Kursusabend.

Sprech-Chor für die Proletarischen Feierstunden. Die Uebungsstunde fällt auch in dieser Woche aus. Sie findet aber bestimmt am Donnerstag, den 17. Mai, abends ½8 Uhr, in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt.

Die juristische Sprechstunde fällt in der Zeit vom 13. Mai bis 3. Juni 1922 aus.

Die Brotkommission „Friedrichshain XX" ist am 27. April von Eckertstr. 16 nach Rigaer Str. 100, Eingang Portal 2, verlegt worden. Den Vorsitz führt, anstelle des ausscheidenden Rektors Behrend, Rektor a. D. Nürnberg, Tilsiter Straße 4/5. Die Eröffnung der Brotkommission fand am 28. April statt.

Vereinheitlichung der Linienbezeichnung bei der Straßenbahn. Bei der Zusammenfassung sämtlicher Straßenbahnen Groß-Berlins zu dem Einheitsunternehmen, das jetzt den Namen „Berliner Straßenbahn" führt, hatten die einzelnen Bahnen verschiedenartige Linienbezeichnungen. So wurden bei der Großen Berliner Straßenbahn die einzelnen Linien mit arabischen Nummern bezeichnet, bei der A—M, bei der früheren westlichen Berliner Vorortbahnen mit Buchstaben von A—P; bei der vormaligen Berlin-Charlottenburger Straßenbahn mit Buchstaben R—Z; bei der Südlichen Berliner Vorortbahn sowie bei den ehemaligen Berliner Ostbahnen waren römische Linienummern in Verwendung usw. Es erschien notwendig, zwecks Vereinheitlichung und Vereinfachung in der Bezeichnung, allgemein nur die arabische Linienbezeichnung zu verwenden, und zwar wurde hierbei, um auch bis zu einem bestimmten Grade die Fahrtrichtung der einzelnen Linien zu kennzeichnen, nach einem ganz bestimmten System verfahren. So werden beispielsweise alle Linien, die von Moabit ausgehen, mit Zehnerzahlen bezeichnet, z. B. die Linien 11, 12, 13 (die vor kurzem die Nummernbezeichnung 6 hatte), 15, 17, 18 und 19. Die Linien, die vom Wedding und von Tegel kommen, haben die Linienbezeichnung ab 20. Weiter nach Ostern zu folgen die Linien ab 30, dann die 40iger und die 50iger Nummern. Von Weißensee kommende Linien mit den Nummernbezeichnungen ab 60, so z. B. die Linien 60, 61, 62 usw. Linien, die gleiche Zuführung haben, sich gegenseitig ergänzen, aber andere Endpunkte haben, erhalten die betreffenden 100er Ergänzungsnummern. So verkehren beispielsweise in gegenseitiger Ergänzung die Linien 62 und 162, 69 und 169 (bis vor kurzem 71), 68 und 168 usw. Die einzelnen Ringe werden mit den Nummern 1—10 bezeichnet, so z. B. die Linie 1 Stadtring, 2 Außenring, 3 Großer Ring, 4 Ostwestring, 5 Gerichtsring, 6 (Neue Bezeichnung für den Ring 1) usw. Diese einheitliche Gestaltung der Linienbezeichnung in Berlin, die zum Teil bereits durchgeführt ist, führt natürlich im Anfange zu einer gewissen Erschwerung; sobald sie sich aber eingebürgert hat, bedeutet sie eine wesentliche Vereinfachung und Erleichterung für die Fahrgäste. Mit Ende dieses Monats wird die Umnumerierung vorläufig abgeschlossen werden; evtl. noch erforderliche Umbenennungen sollen erst später erfolgen.

Postkarten nach dem Ausland. Bei der Versendung von Postkarten nach dem Auslande müssen die Versender streng darauf achten, daß die rechte Hälfte der Karten für die Angabe des Empfängers der Adresse usw. benutzt wird. Nach einer Mitteilung des Reichspostministeriums wird gegen diese Vorschrift vielfach verstoßen, daß die sich auf den Absender beziehenden Angaben über die ganze Breite der Vorderseite der Karte sich erstrecken. Die so beschriebenen Postkarten werden als Brief behandelt und mit hohem Strafporto belegt. Solche Postkarten dürfen nur im Inlandverkehr und nur noch bis September d. Js. benutzt werden.

Der Aktenraub bei Oberst Freyberg. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen Braun u. Genossen wegen des Aktenraubes bei dem russischen Oberst von Freyberg ist gestern erst in später Abendstunde zu Ende gegangen und hat für die Angeklagten einen verhältnismäßig günstigen Verlauf genommen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen wegen schweren Raubes und sprachen den angeklagten Privatlehrer Otto Braun nur der Anstiftung zur Urkundenfälschung und Amtsanmaßung, die übrigen Angeklagten nur der Amtsanmaßung schuldig. Das Gericht verurteilte Braun zu 7 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft, den Gastwirt Franz Thielert zu 5 Monaten Gefängnis, die Angeklagten Dreher Gustav Bormann und Bulian zu je 3 Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist und den Metallarbeiter Richard Eichler zu 1 Monat Gefängnis, der auf die Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurde.

Billige Preise für hochwertige Kleidung

Schlüpfer und Raglans aus Homespun, Fischgrät und Diagonalstoffen ..... M. 1600, 1400, 1200 — 1000.00
Schlüpfer und Raglans aus prima Stoffen in bester Verarbeitung ..... M. 3000, 2600, 2400 2220, 2000, 1900 — 1800.00
Paletots aus marengo Cheviot M. 3000 2600 2400, ... 1900, 1650, 1500 — 1400.00
Sport-Paletots aus sehr gutem Covercoat, ganz mit Satinella gefüttert, M 3000, ... 2600, 2400, 1900 — 1800.00
Paletots Biedermeierform, aus farbigen Stoffen ..... M. 2600, 2500, 2200 — 2000.00
Rockpaletots aus erstklassigem Covercoat, mit und ohne Samtkragen von .... M. — 3500.00
Jackett-Anzüge aus guten farbig Stoffen in vielen Mustern M. 1650, 1400, 1200 — 950.00
Jackett-Anzüge in den neuest. Must. u. Farbenstell. M. 2500, 2400, 2200, 2000, 1900 — 1800.00
Jackett-Anzüge aus erstklassigen Stoffen und in prima Verarbeitung. Ersatz für Maß ..... M. 3300, 3000, 2700, 2600 — 2400.00

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus gutem Manchester, ohne und mit Futter ..... M. 1500 — 1350.00
Sport-Anzüge mit Breecheshose, aus Lodenstoffen, Homespun und karierten Stoffen ..... M. 1800, 1500, 1350 — 1200.00
Bozener Mäntel für Herren, aus prima Strichloden ..... von — 750.00 an
Bozener Mäntel für Damen, aus Strichloden ..... von — 550.00 an
Hosen gestreift, außergewöhnlich billig ..... M 250, 225, 200 — 180.00
Hosen aus gestreiftem Satin und Kammgarn ..... M. 375, 325, 300 — 275.00
Hosen aus prima Stoffen, für Cutaways ..... M. 750, 650, 600, 550, 475 — 400.00
Sporthosen Breechesform, aus gutem Manchester ..... M. 675, 550 — 300.00
Sommer-Loden-Joppen von ..... — 450.00 an
Ruder-Jacketts aus gutem blauen Cheviot ..... M. 1000 — 850.00

Knaben-Anzüge aus gut. farbig. Wollstoff, in all. Fassons u. Preislagen Gr. I v. M. — 250.00 an
Knaben-Anzüge aus blauem Cheviot u. Kammgarn in nur gut. Qualität. Gr. I von M. — 525.00 an
Burschen-Anzüge aus farbigen Wollstoffen Grösse VII ..... von M. — 320.00 an
Burschen-Anzüge in Jackett- u. Sportform, aus nur gut. Qualitäten Gr VII von M. — 560.00 an
Jünglings-Anzüge jeder Art u. Qualität, aus guten farbigen Stoffen Gr. XII von M. — 900.00 an
Jünglings-Anzüge aus blauem Cheviot Grösse XII ..... von M. — 850.00 an
Knaben-Pyjacks aus gutem blauen Cheviot und Tuchstoff von ..... M. — 670.00 an
Knaben- und Burschen-Pelerinen aus Strichloden von ..... M. 200.00
Lüster- und Leinenkleidung zu den billigsten Tagespreisen

Außergewöhnlich preiswert!
Wochentagsanzüge aus sehr haltbaren Stoffen M. 600 — 450.00
Mäntel aus sehr haltbaren Stoffen ..... M. 600 — 400.00

Strohhüte, Sporthemden Oberhemden, Rucksäcke, Krawatten, Badeanzüge in großer Auswahl, sehr preiswert!

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30